

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

234 (9.10.1931)

# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE CARLSRUHE MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepulverte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegzeilen 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des Zeitungsplanes, bei geschäftlicher Unterbrechung und bei sonstigen außerordentlichen Umständen, die den Verlag betreffen, in der Regel 50% erhöht wird.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges, Die Musikwelt / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2.50 Mark o. über, halbjährlich 12.00 Mark o. über, jährlich 24.00 Mark o. über. Durch die Post 2.50 Mark o. über, halbjährlich 12.00 Mark o. über, jährlich 24.00 Mark o. über. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe, L. D., Marktstraße 28 o. Jernstr. 7020 und 7021 o. Postfach 331. Druck: Hauptdruckerei 9, D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rudolf, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8.

Nummer 234

Karlsruhe, Freitag, den 9. Oktober 1931

51. Jahrgang

## Die Todfeinde der Arbeiterklasse

Die Volksverderber tagen in Harzburg  
Die Bankerrotteure der Wirtschaft und der Politik wollen die Arbeiter versklaven  
**Arbeiter! Seid wachsam und kampfbereit!**

Am kommenden Sonntag tritt die sogenannte „nationale Opposition“ in Bad Harzburg zusammen, um ihren Feldzugsplan für die kommende Reichstagsstimmung zu entwerfen. „Nationale Opposition“ — was ist das, und was heißt das? Das sind die Leute, die man unter verschiedenen Firmennamen seit zehn Jahren in Deutschland immer wieder auftreten sieht, wenn die Reaktion Morgens mit wittert. Da ist Hugenberg mit den Seinen, Hitler mit seinen Leuten, da sind die Exzellenzen und Generäle, die beschäftigungslosen Hehenjollernprinzen, evangelische Pastoren und Stahlhelmführer, die Hochadeln, die das Schreien in der Republik noch besser verstehen als im Kaiserreich und vor allem die Herren von Eisen und Kohle von der Ruhr. So sehen sie aus. Aber warum „nationale Opposition“? Weil von jeder die Volksfeindschaft und die sozialreaktionäre Gesinnung sich hinter das laute nationalistische Geschrei verbergen hat, weil die laute Betonung der nationalen Gesinnung ablenken sollte von einem andersartigen Plan.

Mandate mehr als die Sozialdemokratische Partei aus eigener Kraft stellt. Das sind die Leute, die jetzt nach der Nacht areifen wollen. Es muß ihnen beigebracht werden, daß es jetzt an ihnen ist, die Konsequenzen aus der Krise zu ziehen. Jeder konstruktive Versuch der wirtschaftlichen Neuordnung muß gegen sie durchgeführt werden. Bisher sind die Arbeiter auf die Straße gemorren worden, jetzt ist es an der Zeit, daß die Herren Aktionäre entlassen werden. Ihre einzige Weisheit besteht in der Forderung des Lohnstreiks gegen die Arbeiterklasse. Aber die Krise wird niemals überwunden werden, solange den Herren Aktionären nicht gründlich beigebracht wird, daß ein erheblicher Teil ihres Kapitals von jenen glorieichen Wirtschaftsführern vernichtet worden ist, die sich jetzt als nationale Soldaten aufspielen wollen und das sie abschreiben müssen.

können, verstehen von Politik wohl noch weniger als von den Grundrissen einer gelunden Volkswirtschaft. Aber sie glauben, daß Generaldirektor Silberberg recht hatte, als er schon vor Jahren auf einer Arbeiterversammlung feststellte, daß die Arbeitgeber nichts gegen die Staatsgewalt, sondern nur mit der Staatsgewalt etwas erreichen können, und nun strecken diese Leute in furchtbarer erstarrter Stunde die Hand aus, um sich in der Wirtschaft gewalttätig auszuwirken zu können. Das ist der tiefste Grund für den jetzt so sehr forcierten Regierungskurs. Natürlich werden die wahren Motive zu verbergen gesucht. Das Streben, Arbeiter und Angestellte zu entfrachten, wird nicht verschleiert. Das gelingt zwar nicht vollständig, aber doch immerhin so gut, daß es möglich ist, Arbeiter und Angestellte ins Schlepptau zu nehmen. Das nationale Mantelchen muß das Uebermaß der sozialen Reaktion verdecken. Unter dem Namen „nationale Opposition“ wird zur Sammlung und zum Kampf gerufen.

Diese Bezeichnung „nationale Opposition“ ist an sich eine Ironie. Sie schließt in sich, daß alle Deutschen, die sich nicht zu dieser bunten gemischten Gesellschaft von Reaktionären rechnen, nicht national seien, daß sie Deutschland und das deutsche Volk minder liebten als diese Leute, die sich das Plakat „national“ um den Hals hängen. Wir haben in der Zeit der Nachkriegspolitik genug Kostproben von dem Nationalismus dieser Gesellschaft erhalten, und wenn die Harzburger Tagung ihr Gesicht durch die Teilnahme der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie erhalten soll, so erdrehen wir daran, daß diese Kreise im Jahre 1923 zu dem Befehlshaber der französischen Invasionsstruppen an der Ruhr, dem General Desnoues, gelangten sind, um mit Hilfe der französischen Besatzung der deutschen Arbeiterklasse den Achtstundentag zu rauben.

Die alten bekannten Gestalten, geführt von den alten bekannten Reaktionären wollen sich jetzt als „junge nationale Bewegung“ aufspielen. Wir reihen ihnen die Maske vom Geliert und zeigen dem Volk, was an ihnen und ihren Zielen ist. Nationale Opposition, das ist eine GmbH, zur gegenseitigen Rettung vor selbstverschuldeter Pleite auf Kosten des arbeitenden Volkes.

Das Organ der Christlichen Gewerkschaften, Der Deutsche, reißt der „nationalen Opposition“ in seiner Donnerstagsnummer ebenfalls die heuchlerische Maske vom Gesicht. Er schreibt: „Die gegenwärtige Regierung kämpft um ihre Existenz. Ihre erbittertesten Gegner kommen nicht aus dem Lager der Arbeiterklasse. Die Arbeitgeber, vornehmlich die Herren Generaldirektoren der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie sind es, die im Verein mit Hugenberg die Zeit für gekommen halten, in der sie „aufräumen“ können. Hitler will sich dem Bernehmen nach genau so diesen Oppositionellen anschließen, wie die Führer des Stahlhelms. Jetzt soll zum gemeinsamen Angriff gelassen werden. Die Regierung Brüning-Steinbrunn ist diesen Herrschaften im Wege. Weil sie sich trotz Anwendung vieler Härten gegen die Arbeitnehmer nicht rücksichtslos gegen diese wendet. Die Regierung ist ihnen noch zu sozialistisch, d. h. nach den Begriffen der Generaldirektoren und Hugenbergianer zu sozial, zu gewerkschaftsfreundlich. Diese Regierung mag es sogar wiederholen, offen zu erklären, daß sie insofern die Grundlagen des Tarifrechts als auch die des staatlichen Schlichtungswesens zu erhalten wünsche, und das ist mehr, als die Herren Generaldirektoren zu ertragen vermögen. Diese Regierung bemüht sich ferner um eine gründliche Aktienrechtsreform, sogar eine Kontrolle der Banken droht praktisch zu werden. Deshalb soll diese Regierung gestürzt werden. Die Industrieherrn, die glauben, nur im Zeichen der Diktatur wirtschaften zu

Das „Nationale“ besteht bei dieser Gesellschaft darin, daß sie das arbeitende deutsche Volk als ihren Feind betrachtet, gegen den ihnen selbst die französischen Besatzungstruppen recht sind. Nationale Opposition ist nur ein anderer Ausdruck für den grimmigen Haß, der diese Gesellschaft gegenüber dem arbeitenden Volk besteht. Wo ist ihr antenopolitisches Programm, das diesen Namen auch nur einigermaßen rechtfertigen würde, wo sind ihre Taten in der Vergangenheit, auf die sie sich berufen könnten? Etwas bei der Entscheidung über den Damesplan, oder beim Abschluß des Vertrages von Locarno, der zu einer Zeit erfolgte, als die Deutschnationalen in der Regierung saßen? Wo ist ihr sonstiges Programm, wo sind ihre konstruktiven Ideen, wo ist der grobe Plan zur Rettung Deutschlands aus der Krise, den sie aufzeigen könnten?

Das Organ der Christlichen Gewerkschaften, Der Deutsche, reißt der „nationalen Opposition“ in seiner Donnerstagsnummer ebenfalls die heuchlerische Maske vom Gesicht. Er schreibt: „Die gegenwärtige Regierung kämpft um ihre Existenz. Ihre erbittertesten Gegner kommen nicht aus dem Lager der Arbeiterklasse. Die Arbeitgeber, vornehmlich die Herren Generaldirektoren der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie sind es, die im Verein mit Hugenberg die Zeit für gekommen halten, in der sie „aufräumen“ können. Hitler will sich dem Bernehmen nach genau so diesen Oppositionellen anschließen, wie die Führer des Stahlhelms. Jetzt soll zum gemeinsamen Angriff gelassen werden. Die Regierung Brüning-Steinbrunn ist diesen Herrschaften im Wege. Weil sie sich trotz Anwendung vieler Härten gegen die Arbeitnehmer nicht rücksichtslos gegen diese wendet. Die Regierung ist ihnen noch zu sozialistisch, d. h. nach den Begriffen der Generaldirektoren und Hugenbergianer zu sozial, zu gewerkschaftsfreundlich. Diese Regierung mag es sogar wiederholen, offen zu erklären, daß sie insofern die Grundlagen des Tarifrechts als auch die des staatlichen Schlichtungswesens zu erhalten wünsche, und das ist mehr, als die Herren Generaldirektoren zu ertragen vermögen. Diese Regierung bemüht sich ferner um eine gründliche Aktienrechtsreform, sogar eine Kontrolle der Banken droht praktisch zu werden. Deshalb soll diese Regierung gestürzt werden. Die Industrieherrn, die glauben, nur im Zeichen der Diktatur wirtschaften zu

Parade der Volksverderber und Reichszerstörer  
Braunschweig, 8. Okt. (Eig. Draht.) Von nationalsozialistischer Seite wird über die Vorbereitungen zur Harzburger Tagung der sogenannten „nationalen Opposition“ folgendes mitgeteilt: Am Sonntag morgen ist zunächst ein Aufmarsch von rund 2000 uniformierten SA-Leuten auf dem Bahnhofplatz vorgesehen, wobei der Oberführer der hannoverschen SA, Korfemann, die Parade abnimmt. Zur gleichen Zeit wird der Stahlhelm, der mit zwei sogenannten Marschbataillonen, unter Führung seines Landesver-

## Reichstagsauflösung in Sicht

Brünings Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung

Nationale Opposition ist nichts anderes als ein heuchlerischer Name für flüsternde soziale und politische Reaktion. Das einzige was an ihrem Programm erkennbar ist, und was durch den Hintritt der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie noch schärfer als bisher heraustritt, ist die Sehnsucht nach der Inflation. Die Herrschaften wollen herunter von ihrem Bankrott. Sie wollen mit Hilfe einer neuen deutschen Inflation ihre Schulden los werden. In diesem Punkte sind Hugenberg und die Schwerindustriellen ganz einig. Daß sie dabei die Gefolgschaft von einer Kohorte von pensionierten Offizieren haben, spricht für die geistige Armut dieser Schicht. Sie haben noch nicht einmal begriffen, daß die Inflation von Hugenberg und Hoffens ihre Pensionen einfach abschneiden dürfte. Ein Kontrast gegen die deutsche Arbeiterklasse, ein Kontrast der Sozialreaktionäre und Inflationisten, das wird die Tagung von Harzburg sein. Wie stark sind diese Leute, die über Deutschland den Faschismus bringen wollen, um ihren eigenen schändlichen Zusammenbruch zu vermeiden. Rechnet man zu ihnen reiflos die gesamte Deutsche Volkspartei, so wird diese Gruppe im Reichstag, der 577 Sitze zählt, ganze 181 Mandate haben, also nur etwa 30

Brünings Verhandlungen zur Neubildung der Regierung standen bisher unter keinem günstigen Stern. Er ist vorläufig kaum vom Fled gekommen. Am Donnerstag nahm Brüning mit dem volksparteilichen Industriellen Böglner und dem früheren Vorsitzenden der Volkspartei, Scholz, Fühlung wegen der Übernahme des Wirtschaftsministeriums bzw. des Justizministeriums. Böglner und Scholz lehnten ab, nachdem sich zuvor auch der Generaldirektor der J. G. Farben, Schmitz, endgültig für desinteressiert erklärt hatte. Schmitz billigt an sich die Politik und die Absichten Brünings, glaubt aber als Generaldirektor der J. G. Farben im Sinne dieser Politik mehr tun zu können, als es in seiner Eigenschaft als Minister möglich wäre. Auch der frühere Reichswehrminister Dr. Gehler, der von Brüning als Innenminister in Aussicht genommen war, äußerte Bedenken gesundheitlicher und politischer Natur. Es scheint, daß er andere Ziele verfolgt, daß er sich mehr dafür interessiert, linker Zügelmann in einem Rechtskabinet, als rechter Zügelmann in einer Regierung Brüning zu werden. Abgesehen davon bestehen innerhalb der Sozialdemokratie gegen die Ministerkandidat des Herrn Gehler starke und kaum überwindbare Bedenken. Der Essener Oberbürgermeister und frühere Staatssekretär in der Reichsfinanz, Dr. Bracht, der vom Reichskanzler nach Gehler empfangen wurde, zeigte ebenfalls keine Neigung, in die zweite Regierung Brüning als Innenminister einzutreten. Allem Anschein nach denkt man neuerdings daran, Treubauer als das Innenministerium anzuvertrauen. In diesem Falle bliebe noch die Befehdung des Verkehrsministeriums zu regeln. Das Auswärtige Amt übernimmt Brüning selbst. Für das

Wirtschaftsministerium hat Professor Warnebold bereits am Mittwoch eine endgültige Zusage erteilt. Er ist bisher der einzige neue Mann in der zweiten Regierung Brüning. Am Donnerstag abend erstattete der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Bericht über den Stand seiner Verhandlungen. Der Reichskanzler dürfte bei dieser Gelegenheit auch die bisherige Haltung der Deutschen Volkspartei zur Sprache gebracht und den Reichspräsidenten auf die Konsequenzen dieser Haltung im Parlament aufmerksam gemacht haben. Wenn sich der Reichspräsident trotz des schwierigen Ganges der Verhandlungen und trotz der Möglichkeit, daß Brüning im Reichstag in der Minderheit bleibt, mit der Fortführung seiner Besprechungen zur Neubildung des Kabinetts einverstanden erklärt hat, so ist daraus zu schließen, daß er zugleich bereit ist, dem Reichskanzler für den Fall des Sturzes der Regierung eventuell Vollmachten zu erteilen. Soviel scheint jedenfalls bereits jetzt sicher, daß der Reichstag aufgelöst wird, wenn Brüning Mitte der nächsten Woche für den Fall der Schließung zur Situation liegt jetzt bei der Deutschen Volkspartei. Wie es heißt, sind bereits acht Abgeordnete entschlossen, die Schwendung des Herrn Dingeldey zu Hugenberg und Hitler nicht mitzumachen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahm am Donnerstag abend einen Bericht des geschäftsführenden Vorsitzenden Dr. Breitscheid über die politische Lage entgegen. Er beschloß, die Fraktion für Montag nachmittag 2 Uhr einzuberufen.

bandsführers erscheinen will, ebenfalls in Stärke von etwa 1000 Mann eine Parade abhalten. Die SA stellt in der Nacht zum Sonntag für den Straßendienst ein „Ordnungskommando“ von 300 Mann. Das bedeutet, daß sich im Reich des Naziministers Klages die SA-Polizeibefugnis anmaßen kann.

Die Tagung beginnt am Sonntag um 11 Uhr. Beteiligt sind die Deutschnationale Volkspartei, die Nationalsozialistische Partei und der Reichslandbund. Als nicht beteiligt wird die Fraktion der Deutschen Volkspartei angegeben. In die Fraktionsberatungen soll sich ein großer Feldgottesdienst auf einer Wiese bei Saraburg anschließen. An diesem Feldgottesdienst werden sämtliche Führer der an der Tagung beteiligten Parteien teilnehmen. Nachmittags sind nochmals kurze Fraktionsbesprechungen vorgesehen. Danach soll eine Rundgebung im Saale des Kurhauses von Statten gehen, in der Eugenbergs, Hitler und Sedlitz, Graf Kalkreuth und Schacht sprechen. Da der Kurzaal nur etwa 700 Plätze fassen kann, sollen Karten für bestimmte Gäste ausgeben werden. Als Gäste werden u. a. das Herzogspaar von Koburg-Gotha, sowie der Prinz August Wilhelm und Eitel Friedrich von Preußen erwartet. Während diese illustren Gäste ebenso wie Hitler, Eugenbergs und Sedlitz in den feudalen Hotels untergebracht werden, müssen die SA-Leute und Stahlhelmer mit Massenquartieren in Baracken, Schulen usw. vorlieb nehmen.

### Die Partei der politischen Charakterlosigkeit

Berlin, 9. Okt. (Funkdienst.) Der Reichsanwalt hofft, die Ministerliste seines zweiten Kabinetts im Laufe des Tages fertigstellen zu können. Als Reichsminister des Innern kommt außer Treutwein auch noch der Stenier Oberbürgermeister Dr. Bracht in Frage. Wirtschaftsminister wird Prof. Warmbold. Wegen der Übernahme des Verkehrsministeriums wird der Reichsanwalt heute vormittag nach dem Besuch der Saraburger Tagung abschieden. Angesichts dieser Gegenläufe spricht man in politischen Kreisen ernsthaft von der Möglichkeit einer Spaltung der Partei.

Unterdessen scheint es in der Volkspartei drunter und drüber zu gehen. Mehrere völksparteiliche Abgeordnete, wie Seckf, Himmann, Schmidt und v. Gilla wollen ungeden an der Tagung der „nationalen Opposition“ in Saraburg teilnehmen, während andere schon jetzt mit Rebellion gegen Dingeldes drohen sollen. Die Leitung der Volkspartei hat bisher vergeblich versucht, die Abtrünnigen von dem Besuch der Saraburger Tagung abzuhalten. Angesichts dieser Gegenläufe spricht man in politischen Kreisen ernsthaft von der Möglichkeit einer Spaltung der Partei.

### Nationalistische Politik des Wahnsinns

Paris, 8. Okt. Journal des Debats schreibt über die deutsche Ministerliste: Eines ist gewiß, nämlich, daß die deutsche Politik ihren nationalistischen Charakter verschärft wird. Sie ist nicht gegen die Seite der europäischen Befriedung gerichtet. Andererseits ist die Aussicht auf eine finanzielle und wirtschaftliche Wiederaufschwung weiter entfernt als je. Man könnte glauben, daß die deutschen Führer sich mit einem neuen Bankrott einverstanden erklären. Diejenigen, die unter diesen Umständen Frankreich raten würden, an Deutschland Kredite zu gewähren, wären Wahnsinnige oder Verbrecher. Wir dürfen keine Unterstützung einem Lande gewähren, dessen Politik immer mehr unter dem Einfluß des Nationalismus steht und welches das zu seiner Verfügung gestellte Gold nur verschleudern würde.

### Keine Landtagswahlen in Bayern

München, 8. Okt. (Eig. Draht.) Die politische Situation in Bayern ist nun so weit geklärt, daß mit einer Neuwahl des Landtags in diesem Jahre nicht mehr zu rechnen ist. Nachdem sich die Bayerische Volkspartei gegen eine Auflösung des Landtags ausgesprochen hat, entschieden sich jetzt sozialdemokratische Fraktion und der Landesauschuss der SPD. in gleichem Sinne. Die Auflösungsanträge der rechts- und linksradikalen Parteien werden also im Landtag keine Mehrheit finden.

Für die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion war die Auffassung des Staatsgerichtshofs maßgebend, daß nach dem Ausschließen der 15 Landtagsabgeordneten aus dem Landtag ein rechtlicher Zwang für Neuwahlen nicht besteht. Außerdem wurde die Entscheidung wesentlich beeinflusst von der geradezu katastrophalen finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Landes, die durch Neuwahlen nicht gebessert, sondern wegen der unvermeidlichen Schärfe eines Wahlkampfes und deren Folgen zweifellos noch verschärft würde. Wie im Reichstag, so will die Sozialdemokratie auch in Bayern jede Katastrophenvollstreckung vermeiden.

Für den Rest der Tagungsperiode des Landtags, die verfassungsmäßig im Mai 1932 zu Ende geht, besteht das bayerische Landesparlament nunmehr aus 113 Abgeordneten. Ueber die Umbildung des Geschäftsbereichs in eine parlamentarisch verantwortliche Regierung schwächen zur Zeit noch Verhandlungen.

### Keine Wahlrechtsänderung in Württemberg

Stuttgart, 8. Okt. (Eig. Meld.) Der Sonderauschuss des württembergischen Landtags für die Beratung der Anträge auf Abänderung des Wahlgesetzes beriet über die Vorschläge der Demokraten und des Verbandes der Gewerbetreibenden, die auf eine gezielte Festlegung kleiner Wahlkreise mit nur einmündigen Vorschlagslisten hinauszielen. Mit 13 Stimmen gegen 3 Stimmen der Demokraten und Deutschen Volkspartei wurden die Abänderungsanträge abgelehnt, da die Mehrheit im Hinblick auf die zur Zeit noch ungelösten Verhältnisse des Reichstagswahlgesetzes für unzumutbar hielt.

### Heute Bundespräsidentenwahl in Oesterreich

Gegen Devisenleichhandel

Wien, 8. Okt. (Eig. Draht.) Der Nationalrat hat am Donnerstag das Verfassungsgesetz über die Rückverlegung der Bundespräsidentenwahl in die Bundesversammlung angenommen. Die Wahl wird am Freitag vormittag um 11 Uhr erfolgen.

Das Parlament stimmte ferner einer Devisenordnung zu, nach der ausländische Zahlungsmittel der Nationalbank zum Kauf angeboten werden müssen. Der Schleichhandel mit ausländischen Zahlungsmitteln wird nach dem Gesetz mit Geldstrafen bis zu einer Viertel Million Schilling (rd. 150 000 M) und bis zu 12 Monaten Haft, im Wiederholungsfall mit Geldstrafen bis zu einer halben Million Schilling (rund 300 000 M) und Zuchthaus von einem bis zu 5 Jahren bestraft.

### Wahloorbereitung der Labour-Party

London, 8. Okt. (Eig. Draht.) Die Jahreskonferenz der Labour-Party in Scarborough wurde am Donnerstag mit einer anfeuernden Rede Hendersons geschlossen. Die Arbeiterpartei gehe, so erklärte Henderson mit dem besten Siegeswillen in den Wahlkampf. Ein Antrag, in Zukunft keine Arbeiterregierung mehr zu bilden, solange die Labour-Party nicht die absolute Mehrheit hat, wurde abgelehnt. Henderson erklärte, er habe nicht den Wunsch wieder in einer Minderheitsregierung zu sitzen, aber man dürfe sich nicht festlegen.

# Wirtschaftskrise verschont niemand

## Schwarzer Tag an Pariser Börse

Paris, 8. Okt. (Eig. Draht.) Die am Donnerstag veröffentlichte Bilanz der Bank von Frankreich, die sich auf die Woche vom 25. September bis zum 2. Oktober erstreckt, weist eine Zunahme des Goldbestandes um 467,5 Millionen Franken auf. Da aber in der gleichen Zeit der Notenumlauf um 3,3 Milliarden auf 81,5 Milliarden Franken sich erhöht hat, ist die Golddeckung von 57,02 auf 55,84 Prozent gesunken.

Die Pariser Börse hatte am Donnerstag einen schwarzen Tag zu verzeichnen, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte. Auf Grund der Nachrichten über die schwierige Lage der amerikanischen Banken und des neuen Plan Hoovers bemächtigte sich des Börsenpublikums eine äußerst pessimistische Stimmung, die zu den widtesten Gerüchten Anlaß gab, und zu zahlreichen Verkäufen führte, denen kein Angebot gegenüberstand.

## Zahlungseinstellung einer Pariser Bank

Paris, 8. Okt. Die Banque Soudiale de Paris (ehem. Claude Lafontaine & Co.) hat heute ihre Schalter geschlossen. Ihr Kapital wird mit 50 Millionen Francs angegeben. Die Gläubigerforderungen sollen sich auf 132 Millionen Francs belaufen.

## 154 Banken im August in Amerika geschlossen

Newport, 8. Okt. Aus den Statistiken des Handelsdepartements geht hervor, daß im Laufe des Monats August 154 Banken ihre Pforten geschlossen haben. Diese Insolventen haben beim Publikum ein Risiko von 1,2 Milliarden gegen die Finanzinstitute des Landes hervorgerufen und haben Kuns gegen viele Banken zur Folge gehabt.

Newport, 8. Okt. Die New Yorker Bundesreservebank hat ihren Diskontsatz von 1 1/2 Proz. um ein Prozent auf 2 1/2 Proz. heraufgesetzt. Der Satz von 1 1/2 Proz. war seit dem 7. Mai d. J. in Geltung.

## Die französisch-englischen Besprechungen

Paris, 8. Okt. Der englische Außenminister Reading hat am Donnerstag nach einer neuen Besprechung mit Laval und Briand seine Pariser Besprechungen beendet. Amtlich wird über die letzten Besprechungen u. a. mitgeteilt:

„Die Minister sind einmütig der Ansicht geworden, daß ihre Regierungen in einem möglichst engen Kontakt bleiben müssen, und sie haben anerkannt, daß die bestehende freundschaftliche Zusammenarbeit im Interesse des Friedens und der Wiederaufschwung der Weltwirtschaft forciert werden müsse.“

Am Donnerstag-nachmittag reiste Lord Reading nach London zurück.

## J. P. Morgan in Paris

Paris, 8. Okt. Wie Chicago Tribune berichtet, ist in demselben Zuge wie Lord Reading auch der amerikanische Bankier John P. Morgan in Paris eingetroffen.

## Vorbereitung von Laval's Amerikareise

Paris, 8. Okt. (Eig. Bericht.) Der Untergouverneur der Bank von Frankreich, Fernier, und der Leiter der wissenschaftlichen Ab-

teilung der Bank, Lacour-Gayet, haben sich am Donnerstag in Le Havre nach Newport einschifft, um dort mit dem Leiter der Federal-Reservebank über die internationale Finanzlage zu beraten. Diese Besprechungen sollen die Aussprache Laval's mit Hoover vorbereiten.

Der amerikanische Botschafter Edge wies am Donnerstag in einer Rede auf die Bedeutung der Amerikareise Laval's hin. Er erklärte unter anderem:

„Wir befinden uns am Vorabend einer entscheidenden Wendung in den französisch-amerikanischen Beziehungen. Die Begegnung Laval's mit Hoover wird es ermöglichen, die Basis einer Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich zu finden, einer Verständigung, die sich auf die Realitäten stützen muß und deren späterer Zweck die Konsolidierung der Welt sein wird. Wir dürfen nicht hoffen, sofort Wunder vollbringen zu können, aber wir dürfen andererseits nicht zu wenig von der Begegnung erwarten. Wenn es gelungen ist, die politischen Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, dann müssen wir bereit sein, den Weg für eine greifbare und fruchtbare Verständigung zu öffnen.“

## Amerikanische Bankiers für Stundung der Kriegsschulden

NEW. Atlantic City, 8. Okt. Die Vereinigung der amerikanischen Bankiers hat auf ihrem Kongreß eine Resolution angenommen, worin der amerikanischen Regierung nahegelegt wird, sofortige Verhandlungen zwecks Stundung der Kriegsschulden zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse anzubahnen.

## Hoovers neuer Schritt zur Reparationsfrage

Im Einklang mit Frankreich

WASHINGTON, 8. Okt. Staatssekretär Stimson teilt in der heutigen Presskonferenz mit, daß die französische Regierung diesmal von den Schritten, die Hoover in der Reparationsfrage vorhatte, vor der Bekanntgabe informiert worden sei. Er habe am Dienstag telefonisch angewiesen, Laval zu benachrichtigen, daß Hoover mit dem französischen Ministerpräsidenten bei dessen Besuch in Amerika die internationale Schuldfrage besprechen möchte. Edge habe gemeldet, daß Laval sich sowohl mit der Form der Benachrichtigung wie mit der Tatsache einer Diskussion über die Schuldfrage vollkommen einverstanden erklärt habe.

Washington Herald behauptet, daß die Bankiers, mit denen Hoover in den letzten Wochen konferiert hatte, sich mit der Schaffung eines Konsortiums mit einem Kapital von 600 Millionen Dollars unter der Bedingung einverstanden erklärt hätten, daß Hoover durch einen neuen Schritt in der Reparationsfrage zur Entspannung der internationalen Kreditlage beitragen würde. Dagegen habe sich in der Konferenz im Weißen Hause bei einigen Parlamentariern Widerstand erhoben. Hoover hoffe jedoch, nach der Konferenz mit Laval auch die Zustimmung der Kongressführer zu seinem neuen Plan erhalten zu können.

# Milderungen sozialer Härten

## Praktische Arbeit der Sozialdemokratie

Im Verlauf der Verhandlungen der Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Reichsanwalt Dr. Brüning war zugeklagt worden, daß in der neuen Notverordnung eine Reihe von Härten der Notverordnung vom 6. Juni 1931 gerädert werden sollten. Dieses Zugeständnis ist in der jetzt veröffentlichten Notverordnung verwirklicht worden. Im einzelnen handelt es sich um folgende Milderungen:

1. Gemeindearbeitelöhne und Tarifrecht. Nachdem bereits in dem Lohnkonflikt der Gemeindearbeiter eine tragbare Lösung herbeigeführt werden konnte, ist jetzt eine Neuordnung dahin getroffen worden, daß die Kürzung der Arbeiterlöhne, die nach der alten Notverordnung 5 bis 7 Prozent betrug, sich künftig auf 4 1/2 Proz. bemessen wird. Das Tarifrecht für die in öffentlichen Betrieben tätigen Arbeitnehmer ist wieder hergestellt. Allerdings enthält die neue Notverordnung Bestimmungen, deren Wirkung noch unklar ist und die möglicherweise eine Ausdehnung der Kürzungsbestimmungen auf Arbeiter in öffentlichen Betrieben bedeutet, die bisher nicht von der Kürzung erfaßt worden sind.

2. Die Arbeitslosenversicherung ist in folgenden Punkten geändert worden:

a) Jugendliche unter 21 Jahren werden nicht von dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen, sondern erhalten nach einer der Arbeitslosenversicherung entsprechenden Bedürftigkeitsprüfung Unterstützung nach den Sätzen der Arbeitslosenversicherung. Diese Abänderung ist bereits im Juli im Verwaltungswege in Kraft getreten. Sie ist nunmehr als Dauerregelung anerkannt worden.

b) Die Berechnungsdauer für das Arbeitsentgelt, das der Unterstützungshöhe zugrunde gelegt wird, ist jetzt wieder von 13 auf 26 Wochen verlängert worden.

c) Nach der Juni-Notverordnung durfte bei Kurzarbeitern der Unterstützungsberechnung nur ein Arbeitsentgelt für höchstens 40 Arbeitsstunden zugrunde gelegt werden. Diese Beschränkung wird aufgehoben und die Unterstützung wieder von der 48-Stunden-Woche berechnet.

d) Für die Saisonarbeiter, die bisher nur noch Anspruch auf die Sätze der Arbeitslosenunterstützung hatten, gelten künftig die Sätze der Arbeitslosenunterstützung für die Dauer der herabgesetzten Arbeitslosigkeit, also bis zum Frühjahr. In der übrigen Zeit des Jahres haben die Saisonarbeiter Anspruch auf die vollen Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung.

e) Die Heimarbeiter behalten im Winter ihre Ansprüche an die Arbeitslosenunterstützung.

f) Die Rückstellungenpflicht der Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung ist wieder aufgehoben worden.

g) Die Bestimmung, wonach das Arbeitsamt einen Teil der Unterstützung als Miete direkt an den Hauswirt auszahlen kann, ist gleichfalls aufgehoben worden.

h) Die verschärften Vorschriften über die Sperrstrafen, nach denen der Vorsitzende des Arbeitsamtes nach eigenem Ermessen die Unterstützung entziehen kann, wurden gemildert.

3. Kriegsbeschädigtenfürsorge. Auch für die Kriegsbeschädigten sind einige Milderungen aufgenommen worden.

a) Die Grenze des Einkommens aus öffentlichen Mitteln, bei der eine Kürzung der Rente erfolgt, war durch die Juni-Notverordnung vom Juni von 350 auf 210 M herabgesetzt worden. Jetzt ist entsprechend der Forderung der Sozialdemokratie die schematische Form durch eine Regelung ersetzt worden, bei der Familienstand und Schwere der Beschädigung durch entsprechende Freiungen berücksichtigt werden.

b) Die Anrechnung der Rente von Kriegsbeschädigten auf Arbeitslosenunterstützung wurde durch die Juni-Notverordnung bei allen Beträgen über 15 M monatlich angeordnet. Dieser Betrag ist auf 25 M erhöht worden.

So erfreulich es ist, daß durch die Arbeit der Sozialdemokratie einige Milderungen der schlimmsten Härten der Juni-Notverordnung erreicht werden konnten, so darf man darüber doch nicht übersehen, daß damit das schwere Los von Millionen von Volksgenossen nur zu einem kleinen Teil erleichtert worden ist.

## Berliner Brotpreiserhöhung ungerechtfertigt

Berlin, 9. Okt. (Funkdienst.) Die Berliner Konsumgenossenschaften teilen mit, daß sie entgegen dem Beschluß der Berliner Bäckerinnung den Brotpreis nicht von 48 auf 50 Pfennige zu erhöhen gedenken. Auch die Alhinger AG, die in Großberlin Sunde von Restaurants unterhält und Selbstverbraucher ist, hat es abgelehnt, dem Beschluß der Berliner Bäckerinnung zu folgen. Man darf daraus wohl schließen, daß die Heraushebung des Brotpreises auf 50 Pf. privatwirtschaftlich keineswegs gerechtfertigt ist.

## Ermittelter Mörder

Essen, 8. Okt. (Eig. Draht.) Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den Mörder des in der Nacht zum Dienstag erschossenen Nationalsozialisten Sturmtruppführers Gerthe in der Person Bant'Gades zu ermitteln. Der Täter gestand, daß er auf den bereits am Koben Regenden vier Schüsse abgegeben hat. Den Revolver, einen Dolch,

einen Schlagring und das Mitgliedsbuch der KPD, hatte der Mörder in einem Koffer an der Gepäckaufbewahrungsstelle des Essener Bahnhofs abgegeben, wo es beschlagnahmt werden konnte.

## Die Arbeitsmarktlage im Reich

### Ziffern der Not

Nach dem Bericht der Reichsanstalt hat der herbstliche Anstieg der Arbeitslosenanzahl auch in diesem Jahre in der zweiten Hälfte des Monats September eine Abmilderung erfahren. Die Zahl der Arbeitslosen, die in der vorhergehenden Berichtszeit um rund 109 000 gestiegen war, hat in der Zeit vom 15. bis 30. September um rd. 31 000 zugenommen und betrug am letzten Sonntag rd. 4 355 000. Die Zunahme seit dem tiefsten Stand des Sommers beläuft sich damit in diesem Jahre auf rund 401 000. Übertrifft also die Steigerung in der entsprechenden Zeit der Arbeitslosenversicherung um 369 000 nicht erheblich. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 30. September rund 1 344 000, in der Arbeitslosenversicherung 1 140 000 Hauptunterstützungsempfänger betreut. Nach der letzten jetzt vorliegenden Statistik der Wohlfahrtsverbände waren am 31. August rund 1 131 000 arbeitslose Personen vorhanden.

### Freistaat Baden Deutsche Volkspartei Badens dankt Curtius

Dr. Karlsruhe, 8. Okt. Parteileitung und Fraktion der Deutschen Volkspartei Baden folgendes Telegramm an Dr. Curtius gerichtet:

„Parteileitung und Fraktion der Deutschen Volkspartei, Landesverband Baden, sprechen Ihnen bei Ihrem Scheiden aus dem Amte den herzlichsten Dank für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit im Dienste der vaterländischen Arbeit aus und wünschen Sie auch weiterhin treuer Gefolgschaft.“

gez. Steinel, Wolf, Waldeck, Mattes.“

### Zentrumspartei betrachtet Pfarrer Senn als ausgegliedert

Dr. Bruchsal, 8. Okt. Gestern hat hier eine Wahlkreisvertreterversammlung der Zentrumspartei stattgefunden. Der Vorsitzende, Landtagsabg. Werberich, eröffnete die Tagung mit einem kurzen Nachruf für den verstorbenen Staatspräsidenten Wittenberg und überbrachte die Grüße des neuen Landesparteiobmanns Dr. Senn. Zum Fall Senn wurde ein Antrag angenommen, wonach die Wahlkreisvertretung als die berufene Instanz Pfarrer Senn aus dem Kreis der Parteimitglieder als aus der Zentrumspartei ausgegliedert erachtet.

### Furchtbare Ziffern

221 650 Arbeitslose, davon über 59 000 ohne Unterstützung in Südwestdeutschland

Ueber die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Südwestdeutschland vom 16. bis 30. September 1931 teilt das Landesarbeitsamt Stuttgart mit:

Am 30. September waren bei den Arbeitsämtern 233 082 Personen als Arbeitsuchende vorgemeldet, das waren um 5549 mehr als am 15. September und 13 487 mehr als Ende August. Von den als arbeitsuchend Eingetragenen fanden noch 11 432 teils in Maßnahmen der werthaffenden Arbeitslosenfürsorge als Notstandsarbeiter, teils in Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes als Dienstwillige, teils in Maßnahmen der Gemeinden als Hilfsarbeiter, teils in Stellen des freien Arbeitsmarktes in Beschäftigung. 221 650 Personen haben als arbeitslos zu gelten; davon wurden 129 213 oder 58,5 v. H. gemäß dem Gesetz über Arbeitslosenversicherung in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung (77 793) und in der Krisenfürsorge (51 420) betreut. 93 233 Arbeitslose oder 15,0 v. H. erhielten von der öffentlichen Fürsorge laufende Geldunterstützungen. Ueber 59 000 Arbeitslose, d. h. rund ein Viertel, erhielten an dem der Zahlung zuvornbedingenden Stichtag keine Unterstützung. Der Personenkreis dieser Nichtunterstützten wird zum großen Teil aus Arbeitslosen gebildet, welche die gesetzliche Wartepflicht, die für mehr als die Hälfte der Arbeitslosen 14 Tage bzw. 3 Wochen beträgt, noch zurückzulegen haben, also den Bezug der versicherungsmäßigen Unterstützung noch vor sich haben. Ein weiterer Teil, der aus der versicherungsmäßigen Unterstützung bereits ausgeschlossen ist, erhält in der Krisenfürsorge und in der Wohlfahrtspflege keine Unterstützung, weil er als nicht bedürftig anzusehen ist. Leute ferner, denen z. B. wegen Verweigerung von zumutbarer Arbeit die Unterstützung auf eine bemessene Frist entzogen wurde, und solche, die keinen Unterstützungsantrag gestellt haben, bilden in der Hauptsache den Rest der Nichtunterstützten.

In der Berichtszeit war die Zunahme der Belastung von Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge um 5409 Hauptunterstützungsempfänger erheblich höher als in der ersten September-

hälfte, wo 3924 Personen dazu gekommen waren. Der Stand der auf Grund des Arbeitslosenversicherungsgesetzes Unterstützten war nach der Statistik der Arbeitsämter am 30. September 1931 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenversicherung 77 793 Personen (61 990 Männer, 15 813 Frauen), in der Krisenunterstützung 51 420 Personen (44 450 Männer, 6970 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 5409 Personen oder um 4,4 v. H. von 123 804 Personen (102 372 Männer, 21 432 Frauen) auf 129 213 Personen (106 430 Männer, 22 793 Frauen). Davon kamen auf Württemberg 53 155 gegen 51 305 und auf Baden 76 058 gegen 72 499 am 15. September 1931.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 30. September 1931 auf 1000 Einwohner 25,7 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge gegen 20,0 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

In unseren gestrigen Mitteilungen über das Aussehen der kommenden badischen Notverordnung hat sich ein Druckfehler eingeschlichen, indem es heißen soll: „Die Rubrikhalter sollen künftig 75 Prozent (nicht 57 Prozent, wie es verheißentlich hieß) des rubrikhaltigen Dienstverdienstes betragen.“

## Aus aller Welt

### Schweres Unglück beim Bau einer Wasserleitung

Kujel (Pfalz), 9. Okt. Bei den Arbeiten für die Wasserleitung Kujel in Kalsbach ein Schacht ein, wobei sechs Arbeiter verletzt wurden. Während einer der Verhütteten mit verhältnismäßig leichten Verletzungen abgehoben werden konnte, hatten vier der Verunglückten schwere innere und äußere Verletzungen erlitten, meist Knochenbrüche und Prellungen davongetragen. Einer der Verhütteten war bei seiner Bergung bereits tot.

### Erdbeben in Italien

Perugia, 8. Okt. In dem naheliegenden Coscia ist in der vergangenen Nacht ein starkes Erdbeben verspürt worden. Die Bevölkerung hat panisch die Häuser verlassen und den Rest der Nacht im Freien zugebracht. Menschenleben sind nicht zu beklagen, jedoch sind verschiedene Häuser stark beschädigt worden.

### Verhaftung eines der Teilnehmer am Jüterbogener Eisenbahnattentat Verdächtigen

Wittenberg, 8. Okt. In der Nacht zu heute wurde der Knecht Kurt Bartels in Hoheneckfeld wegen Verdachts der Mittäterschaft an dem Jüterbogener Eisenbahnattentat festgenommen und dem zur Zeit hier weilenden Kriminalkommissar Dr. Wächter, der der Untersuchungskommission für das Eisenbahnattentat angehört, vorgeführt.

### Pfeilerbruch auf der Karsten-Zentrum-Grube

Leutchen (S.), 9. Okt. Infolge des Zusammenbruchs eines Pfeilers auf der 724-Meter-Sohle der Karsten-Zentrum-Grube wurden gestern abend 5 Bergleute verletzt. Durch die unter Leitung der Bergbehörde sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten gelang es, einen der Verhütteten, der nur unerblich verletzt ist, zu bergen. Leider besteht wenig Aussicht, die übrigen vier Bergleute ans Tageslicht zu bringen. Die Rettungsarbeiten werden mit allen Kräften weitergeführt.

### Wieder Domela!

Der falsche Hohenzollernprinz Harry Domela hat sich in mehreren rheinischen Städten unter dem Namen Domle aus dem Ausland zurückgekehrten Deutschen gegenüber als Beauftragter eines Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer ausgegeben und ihnen finanzielle Zuwendungen aus einem Rückwandererfonds versprochen. In zahlreichen Fällen schenkte die ehemaligen Auslandsdeutschen Domela Vertrauen und — Vorhülfe: Sobald er das Geld hatte, verdrang er, Gefaßt worden ist er bis jetzt noch nicht.

### Rudolf Goldscheid †

Im Alter von 61 Jahren verstarb in Wien der bedeutende Soziologe Rudolf Goldscheid, der zwar nie ein offizielles Amt bekleidete, aber doch durch die Vielseitigkeit und Gründlichkeit seiner philosophischen, psychologischen und nationalökonomischen Arbeiten und durch seine allgemein-ethischen Forderungen einen großen Einfluß ausübte. Als einer der tätigsten Führer der Marxischen Bewegung vertrat er einen aktivistischen Idealismus. Den sozialen Kampf forderte er als Kampf der Geistigen und Willenskräftigen

in seiner „Ethik des Gesamtwillens“, „Kritik der Willenskraft“ und „Sozialentwicklung und Menschenökonomie“ vertrat er auf Grund soziologischer Forschung und Erkenntnis den Standpunkt der Soberentwicklung der Menschheit. Seine Theorien brachten ihn zur Auseinandersetzung mit den aktuell-politischen Fragen der Gegenwart: mit seiner Arbeit „Sozialismus oder Staatskapitalismus?“ wurde er zum Begründer der sogenannten Finanzsoziologie; andere Schriften sicherten ihm eine hervorragende Rolle in der europäischen Friedensbewegung, der er in der Friedensmarke ein beachtetes Organ schuf.

### Internationale Vereinheitlichung des Wechselrechts

Der Reichsrat stimmt den drei internationalen Abkommen für Vereinheitlichung des Wechselrechts zu. Es ist das erste Mal, daß sämtliche Staaten sich auf einen vollständigen Gehehensvertrag einigt haben.

### Berordnung über Kartoffelstärke

Reichsernährungsminister Schiele hat auf Grund der Notverordnung eine Ausführungsverordnung erlassen, wonach der zu verwendende Hundertsatz an Kartoffelstärkelehm vom 16. Oktober ab auf 5 Prozent der Wablerzeugung des Weizens festgesetzt wird.

### Ablehnung des Schächterverbots in Württemberg

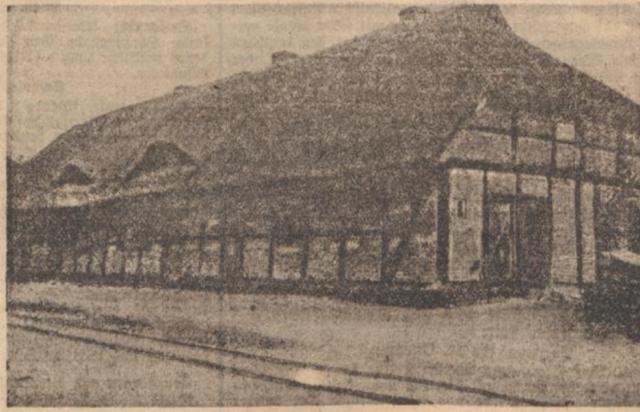
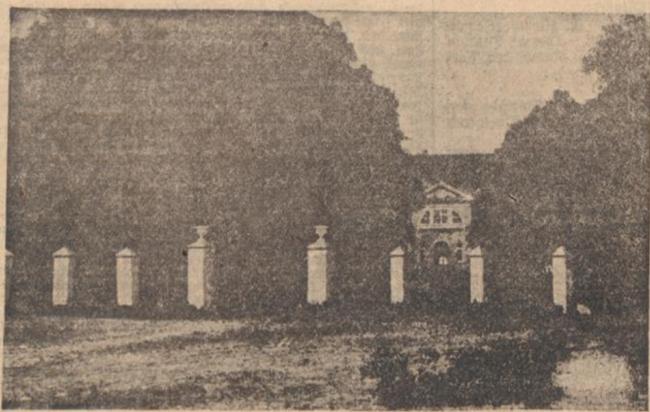
Stuttgart, 8. Okt. (SPD.) Der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß des württembergischen Landtags lehnte mit allen gegen 3 Stimmen, eines Nationalsozialisten, eines Deutschnationalen und eines Bauernbündlers den von den Nationalsozialisten gestellten Antrag auf baldige Verlegung eines Gesetzesentwurfes ab, durch den in Württemberg das Schächten nach jüdischem Ritus verboten werden soll. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde ein Antrag deselben Abgeordneten abgelehnt, durch den eine Eingabe dem Staatsministerium zur Berücksichtigung überwiegen werden sollte, deren wesentliche Forderung auf ein Verbot der Beschäftigung nichtjüdischen Personals beim Schächten, sowie des Verkaufs von Fleisch geschächter Tiere an christliche Verbraucher hinausliefen.

### Schwere Gasexplosion in Gdingen

Gdingen, 8. Okt. Heute abend ereignete sich in Gdingen eine ungeheure Explosionskatastrophe. Ein neu erbautes Säuerbäck, der der Versicherungsanstalt für geistige Arbeiter gehört, ist durch eine Explosion von Leuchtgas z. T. in die Luft geflogen. Die Gasanlage war erst kürzlich eingerichtet worden. Die Detonation war außerordentlich stark. Die Explosionsstelle bietet einen erschütternden Anblick. Aus den Trümmern sind schon eine Anzahl Tote und Verletzte hervorgeholt worden. Die Rettungsmannschaften der Feuerwehr, der Polizei und eine Kompanie der polnischen Kriegsmarine sind bei der Bergung tätig. Etwa elf Wohnungen sind völlig zerstört. Sieben Personen wurden bis jetzt schwerverwundet ins Krankenhaus eingeliefert.

# Adelsschloß und Elendshütte.

## Die „Volksgemeinschaft“ im „Dritten Reich“



Auf diesem prächtigen Schloß residiert der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und ehemalige Gauführer von Pommern, Herr v. Corswant . . .

. . . und hier hausen seine Pags und SA-Gutsarbeiter in elenden, feuchten Strohhäusern mit Ziegen und Schweinen unter einem Dach.

Der Führer und Spitzenkandidat der pommerschen Nazis ist der Fideikommissbesitzer Walter v. Corswant in Cunnhow bei Tarnen in Vorpommern. Herr Corswant erregte bekanntlich schon dadurch berechtigtes Aufsehen, daß er statt deutscher Landarbeiter polnische Wanderarbeiter beschäftigt. Mit Verlegenheitsphrasen lüchelte die Nazis diese jeltzame Auffassung nationaler Gesinnung zu bemänteln. Der pommersche Nationalheros beschäftigt aber nicht ausschließlich polnische Landarbeiter, sondern er hat sich auch mit einer SA-Garde umgeben, die so eine Art persönlicher Leibwache darstellt. Diese Privat-

garde des Herrn Corswant macht die umliegenden Dörfer und Städte unsicher. Die übrigen Arbeiter auf dem Rittergut sind arme Gelotenen, die sich mühsam still verhalten, um nicht den Unwillen ihres Arbeitgebers zu erregen. Inmitten eines wundervollen Parkes liegt breit und prächtig das Schloß des „Arbeiterführers“ von Corswant, schwarzgekleidete Kammerlöhnen mit weißen Tüchelschürzen bedienen die hohen Herrschaften vom Jafenkrenz. Die Pags und SA-Männer aber, die als Landarbeiter und Viehfütterer auf dem Gut tätig sind, dürfen nur durch den schönen Jaun zum Eingang des Herren-

hofes in dieses Nazisparadies schauen. Ihr Reich sind die elenden, feuchten und schmutzigen Strohhäuser an der haubigen Dorfstraße. Kammerlöhnen haben sie auch nicht, wie sollten sie diese auch von ihrem Hungerlohn bezahlen können. Dafür müssen sie mit Schweinen und Ziegen unter einem Dache hausen. Die „soziale Gleichberechtigung“ steht wohl im Programm der Nationalsozialisten, aber für die Führer gelten diese Paragrafen nicht. Hier steht man die wahre Tendenz der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“: Knecht muß Knecht bleiben! Der Pag-Guts-

herrscher wohnt in einem Brunfchloß, umgeben von Luxus, und die Pagg Arbeiter hausen in elenden Bäckern, die für die Kutschperde des „Herrn“ viel zu schlecht sind. Sind die von den Nazis verführten Proleten wirklich so dumm, daß sie nicht merken, wie sie von den Großagrarern und den Großindustriellen als Prätorianergarde gegen die um ihre Freiheit ringende Arbeiterschaft mißbraucht werden? Unsere Aufnahmen zeigen deutlich die „Volksgemeinschaft“, die in einem „dritten Reich“ nicht nur in Cunnhow, sondern allwärts erblickt werden würde.

### Partei-Nachrichten

#### Die Mannheimer Partei-funktionäre gegen die Spalter

Eine sehr stark besuchte Versammlung der Mannheimer Parteifunktionäre nahm einstimmig die folgende Entschließung an:

„Die stark besuchte Funktionärenkonferenz der Mannheimer Sozialdemokratie nahm am 6. Oktober im „Gesellschaftshaus“ Stellung zu den innerpolitischen Vorgängen und verurteilte aufs Schärfste die Art, wie die Opposition unter Führung von Sendewitz und Rosenfeld innerhalb der Partei für ihre politische Auffassung warb.

Sie steht in der Tatsache, daß schon wenige Tage nach ihrem Ausschluß Sendewitz und Rosenfeld in einer Funktionärenkonferenz der Opposition die Gründung einer neuen Partei vorschlugen konnten, den Beweis für die von langer Hand vorbereiteten Sonderorganisationsbestrebungen und Zellenbildungen.

Die Konferenz ist der Meinung, daß die Wahrung der Einheit und Geschlossenheit der Partei in dieser Zeit höchstes Gebot ist und kehrt daher zu den Beschlüssen des Parteiaussschusses.

In Mannheim war es Pfarrer Eder, der diese zersetzenden Bestrebungen in Geheimzusammenkünften plätierte. Aber nach entschiedenem Eingreifen des Vorstandes in der Vertrauensmännerkonferenz vom 11. August 1931 gab Eder sein Wort darauf, daß ihm die Einheit der Sozialdemokratischen Partei über alles gehe und er von der Hand nehmen, was die Einheit gefährden konnte. Hand nimm, was die Einheit gefährden konnte. Hand nimm, was die Einheit gefährden konnte.

#### Die Parteispalter in Breslau

Breslau, 9. Okt. (Funkdienst.) Der Anhang der Spalter in Breslau ist wesentlich zersplittert, als bisher angenommen wurde. Die Distriktsversammlungen, die seit der Spaltung stattgefunden haben, berechneten zu der Feststellung, daß zu der Exekutive nur ein kleiner Teil der früheren SPD-Funktionäre übergegangen ist. Die große Masse der Breslauer Mitglieder steht nach wie vor treu zur Partei.

#### Sozialist und Friedensgesellschaft

In diesen Tagen sollte der italienische Sozialist Mario Corbi, der zur Zeit im Besitz ständiger Weisungen für die Sozialdemokratische Partei Aufführungsvorträge über das sozialistische Italien hält, auf der Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft sprechen. Corbi hat, nachdem ihm die Spaltungsbestrebungen der Führung der Friedensgesellschaft in der Sozialdemokratischen Partei bekannt geworden sind, der Deutschen Friedensgesellschaft eine Absage erteilt, die ihrer allgemeinen Bedeutung wegen weitere Kreise interessieren wird.

„Der Parteiaussschuß der SPD hat in seiner Sitzung vom 22. September einen Beschluß gefaßt, der Ihnen schon bekannt sein wird und wonach die Zugehörigkeit zur Deutschen Friedensgesellschaft und die Mitarbeit an Ihrer Zeitschrift „Das andere Deutschland“ unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur SPD. Dieser Beschluß ist die Folge der in der letzten Zeit aufgetretenen Bestrebungen von führenden Personen der Deutschen Friedensgesellschaft, welche die Gründung einer „linkssozialistischen Arbeitsgemeinschaft“ bezwecken und sich offen gegen die SPD wenden.

Abgegeben davon, daß ich mich als Sozialist aus meiner innersten Überzeugung heraus mit der deutschen Sozialdemokratie solidarisch erkläre, muß ich auch als aufrichtiger Friedensfreund und Antifaschist die Vorfälle lebhaft bedauern, die zum Entschlusse des sozialdemokratischen Parteiaussschusses geführt haben und führen mühten. Die SPD ist die größte Partei, die in Deutschland für den Frieden und für die Völkerverständigung eintritt. Jede Sonderbestrebung innerhalb dieser Partei bedeutet nicht nur eine Schwächung und die Gefahr einer Spaltung der Partei selbst, sondern auch einen verhängnisvollen Einbruch in die deutsche Friedensfront, der den Kampf für den von uns ersehnten Völkfrieden erschweren und behindern würde.

Meine Mitarbeit als Redner bei Ihrer Generalversammlung würde nun eine offene und öffentliche Stellungnahme gegen die SPD bedeuten, die ich aus obigen Gründen unter allen Umständen vermeiden will und muß.“

#### Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Veranstaltungen finden statt:  
Samstag, den 10. Oktober:  
Königsbach, Amt Florzheim: Abends 8 Uhr im „Europäischen Hof“ Mitgliederversammlung mit Vortrag von Gen. Zweder. Karlsruhe: über: „Die politische und wirtschaftliche Lage unterer Zeit und die Notverordnungen.“  
Bretten: Abends 8 Uhr spricht im „Bad Hof“ in einer öffentlichen Versammlung Reichstagsabg. Gen. Schöpplin. Thema: „Gibt es Auswege aus der politischen und wirtschaftlichen Not?“  
Bismarck, Amt Rastatt: Abends 8 Uhr in der „Sonne“ Versammlung von Genossen und Genossinnenfreunden mit Vortrag von Landtagsabgeordneter Genossin Fißcher.

## Gewerkschaftsbewegung

### Der deutsche Metallarbeiterverband warnt

Der erweiterte Beirat des deutschen Metallarbeiterverbandes hat infolge der neuen Lohnabbaupläne der Metallindustriellen dieser Tage in Berlin zur allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik Stellung genommen. Er verurteilt aufs Schärfste die einseitige und ungerechte Belastung der Arbeiterklasse durch die Maßnahmen der Reichsregierung und der staatlichen Schlichtungsorgane und lehnte jeden weiteren Lohnabbau ab. Er warnt ausdrücklich die Regierung vor den Folgen einer noch stärkeren Belastung der Arbeiterklasse. Von neuem verlangt er die Durchführung der 40-stündigen Arbeitswoche und das Verbot von Überzeitarbeit. Ueber die Forderung der Spitzenverbände hinaus hält der Beirat eine gesteigerte Berechnung öffentlicher, wirtschaftlich nutzbringender Arbeiten sowie die Förderung der Bauwirtschaft durch vermehrte Bereitstellung von Hauszinssteuermitteln und eine Erweiterung der Kreditgewährung durch Reich und Länder zur Übernahme von Auslandsaufträgen durch die Industrie für dringend notwendig. — In die Verhandlungslinie richtet der Beirat die erste Mahnung zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Einheit und inneren Geschlossenheit der Organisation.

Schiedspruch für die Schifffahrt. Die Abstimmung über den Schiedspruch für die Schifffahrt hat nach den bisher vorliegenden Meldungen ergeben, daß die Plätze Steinhilber, Lübeck und Bremerhaven dem Schiedspruch zugestimmt haben. Von Bremen steht das Ergebnis noch aus. Sollte sich Bremen ebenfalls wie Hamburg für die Ablehnung entscheiden, so würde damit die Mehrheit der Arbeitnehmer dem Schiedspruch abgelehnt haben.

### 4. IFA-Kongress Gewerkschaften und Sozialdemokratie

SPD, Leipzig, 7. Okt. (Eig. Drahtber.) Der 4. IFA-Gewerkschaftskongress hat am Mittwoch nachmittag seine Arbeiten abgeschlossen. Die Beratungen der Schlichtungsstelle waren ausgefüllt mit dem Abschluß der Debatte über den Schiedsrichtersbericht, mit einer kritischen Beleuchtung des Schiedsrichtersberichts über den Ruhrbergbau und einer Reihe wichtiger Beschlüsse organisatorischer, gewerkschaftspolitischer und sozialpolitischer Natur. Dr. Grell, Sekretär des IFA-Bundes, unterzog die Rechtfertigung der Arbeitsschlichter, besonders des Reichsarbeitsgerichts, einer eingehenden Kritik. — A. Man vom AdA erklärte, daß die Angehörigen, die in der Schlichtungsstelle tätig sind, in das Bildungsverzeichnis des Bürgerrechts eingeschrieben seien und deshalb besonders wertvoll für die Arbeiterklasse sind. Am 10. behauptete er, wenn jetzt unser gelamtes Schulwesen herabgedrückt würde, vor allem aber die Volksschulen und die Berufsschulen. Die Unterhaltung der Volksschulen, die Überhaltung der höheren Schulen und der Mißbrauch mit dem Berechtigungsweien haben zu der Überfüllung der höheren Schulen geführt. — Peters vom IFA sprach über die Notverordnung und den Schiedsrichtersbericht für den Ruhrbergbau, der die Arbeitszeit und die Löhne dort neu regelt. Die Stilllegungen im Bergbau betreffen keineswegs die leistungsmächtigsten Zechen. Gerade die leistungsfähigen Zechen werden stillgelegt, was die nötige Vernichtung bedeutet. Eine internationale Kohlenwerkstoffindustrie ist unbedingt notwendig.

Die Entlassung des Bundesvorstandes erfolgte einstimmig und unter lebhaftem Beifall. Kritik an der Tätigkeit des Bundesvorstandes wurde, was besondere Beachtung verdient, überhaupt nicht erhoben.

Die Willensuntersuchung des Kongresses auf sozialpolitischem Gebiet fanden ihre Zusammenfassung in verschiedenen bedeutsamen Entschlüssen, die einstimmig angenommen wurden. In der Frage der Sozialversicherung wies der Kongress die unberechtigten Angriffe aus Kreisen der Invalidenversicherung gegen die Angestelltenversicherung zurück. Von einer Neuauflösung der Lastenverteilung könne nicht die Rede sein. Der nur sehr unvollständig geltend gemachte Aufwertungsanspruch der Invalidenversicherung gegen das Reich könne nicht auf die Angestelltenversicherung abgewälzt werden. Geschäftstätigkeit für beide Versicherungszweige müsse verlangt werden. Für die durch Krieg, Inflation, Rationalisierung und Wirtschaftskrisis erschütterten Finanzen der Reichsversicherungsanstalt habe das Reich einzutreten. — In der Frage des Arbeitslohnabbaues wurde vom Kongress jeder weitere Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung für unerträglich erklärt. Er wandte sich scharf gegen die maßlosen Verschlechterungen bei den Saison-

berufen und forderte die Zusammenfassung der Krisenführer und Wohlfahrtsfleige zu einer einheitlichen Reichsarbeitslosenführer, deren Finanzierungs vornehmend aus Reichsmitteln erfolgen müßte. Wirkliche Selbstverwaltung und maßgebender Einfluß der Beschäftigten in der Reichsanstalt seien unbedingt notwendig. Weiter verlangte der Kongress die Beilegung der Ausnahmefälle des Personal der Schlichtungsstelle in den sozialpolitischen Fragen. Der Bundesvorstand wurde durch die Annahme einer besonderen Entschließung beauftragt, dafür einzutreten, daß künftig eine Beauftragung der Verordnungsämter der Regierung von Angestelltenstellen in der Sozialversicherung sowie in der öffentlichen Verwaltung unterbleibt.

Zur Förderung der internationalen Regelung der Arbeitszeit der Angestellten wurde dem Bundesvorstand aufgegeben, die baldige Ratifizierung des internationalen Übereinkommens über die Regelung der Arbeitszeit im Handel und in den Büros zu verlangen. — Für das Saargebiet forderte der Kongress die Einflüßung der deutschen Arbeitsrechts- und Sozialgesetzgebung; die Reichsregierung müsse zu diesem Zweck mit der Saarregierung in Verhandlungen eintreten; gegebenenfalls sei an den Völkerbund zu appellieren. — Die Forderung der Ämtern auf Anerkennung als Angestellte im Wege gesetzlicher Bestimmungen fand die Unterstützung des Kongresses. Eine größere Anzahl von Anträgen wurde dem Bundesvorstand zur Berücksichtigung als Material überwiesen.

### Stellung des Bundes zur Sozialdemokratie

rief im Anschluß an einige hierzu vorgelegten Anträge noch eine kurze Debatte hervor. Ein Antrag des Bezirksrats des Saarlandes machte es den freierwerbigen organisierten Angestellten zur Pflicht, die Sozialdemokratie zu unterstützen. Ein Antrag des IFA Ortsrats Berlin sah ein engeres Zusammengehen mit der Sozialdemokratischen Partei vor, während schließlich ein Antrag des Bezirksrats von Chemnitz — Ortsratell München — die Ablehnung dieser beiden Anträge verlangte. Der Vorsitzende Aufhäuser gab dazu folgende Erklärung ab:

„Gewerkschaften und Partei haben zum Teil gleichlautende Ziele, sie vertreten dieselben Volksinteressen und es besteht aus einer weitgehenden Übereinstimmung in der Erfüllung ihrer Aufgaben. Trotzdem ist es kein Zufall, daß es Partei und Gewerkschaften gibt. Es ist nicht möglich, eine Vereinigung des Personals vorzunehmen, der zu den Gewerkschaften zugehören werden darf. Alle Angestellten müssen sich unter verschiedenen Verhältnissen anschließen können. Das besagt aber nicht, daß wir die Zusammenhänge erkennen, die zwischen unseren Organisationen und der politischen Bewegung der Arbeiterklasse bestehen. Alle gewerkschaftliche Kraftentfaltung würde verloren gehen, wenn unsere Mitglieder nicht im politischen Kampfe des Volkes erfolgreich verteidigen. Die Beschäftigten des Sozialismus werden den Verlust des Koalitionsrechts, des kollektiven Arbeitsrechts und damit die Vernichtung der Gewerkschaften bedeuten. Deshalb ist eine verstärkte Arbeit unserer Kollegen in den politischen Parteien notwendig. Bei aller Würdigung der Verdienste der Partei müssen sich die freien Gewerkschaften nach wie vor die volle Freiheit der Kritik vorbehalten. Das hat uns aber nicht abgehalten, bei den letzten Wahlen keinen Zweifel darüber zu lassen, was die Angestellten der Sozialdemokratischen Partei zu danken haben und warum die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Wir stehen in händerlanger Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Zur Verwirklichung des Sozialismus sind drei Ströme — Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften — notwendig. Die Kraft der Gewerkschaften allein würde nicht ausreichen zur Überwindung des kapitalistischen Systems. Statutarische Bindungen können mir schon deswegen nicht eingehen, weil wir damit die tatsächliche Entscheidungsfreiheit der Parteien unterbinden würden.“

Nach dieser mit starkem Beifall aufgenommenen Erklärung zog A. Man den Antrag des IFA Ortsrats zurück, um nicht durch eine evtl. Ablehnung einen falschen Eindruck zu erwecken und weil die Erklärung Aufhäusers grundsätzlich befriedigend sei. — Einstimmig angenommen wurde dazu folgende Entschließung:

„Der Kongress hat den Bericht des Vorstandes über das bisherige Zusammenwirken mit der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entgegengenommen. Er billigt die Haltung des Bundesvorstandes in der Frage der parteipolitischen Neutralität.“

Mit einer Reihe von Änderungen in den Statuten wurde die Arbeit des Kongresses abgeschlossen. Die Tagung fand ihren Ausklang in einem Schlusswort Aufhäusers, das vom Kongress begeistert aufgenommen wurde.

## Jugend

### Schlusstreffen der Arbeiter-Kadaver-Jugend in Aue bei Durlach

Das wegen schlechter Witterung vom 13. auf 27. September verlegte Treffen konnte nunmehr seine Erledigung finden. Der Besuch war im Hinblick auf die Verhältnisse sehr gut. Der Ortsrat der Arbeiter-Kadaver-Jugend in Aue bei Durlach war ebenfalls anwesend. Aber auch hier zeigte sich die Not der Zeit, da manche Eltern eben nicht mehr in der Lage sind, dem Aus der Welt von den Kindern, das zur Verfügung steht, noch etwas abzurufen, selbst wenn es sich für unsere Jugend um etwas nützliches und unbedingt notwendiges handelt. Das vorgesehene Programm wurde vorfristig abgebrochen. Die Jugend gab sich alle Mühe, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Die Angriffe des Reichs-Jugendleiters wirkten in der Vorbereitung der Jugend das zu geben, was sie braucht und vor allem, was ihr gehört. Er verlangt aber auch von der Jugend, sich dort anzuschließen, wo für ihre Belange eingetreten und gekämpft wird. Das von der Ortsgruppe Aue der Arbeiter-Kadaver-Jugend zur Verfügung gestellte tolleste Mittagsessen (schmeckte vorzüglich und soll im Auftrage aller dafür dankt sein.

Die vom Reichs-Jugendleiter gemachten Mittelungen, über die auf dem Bundeskongress in München vorgetragen wurden, sind für die Jugend sehr wichtig. Die Angriffe des Reichs-Jugendleiters werden von den anwesenden Ortsgruppen- und Abteilungsleitern mit großem Interesse verfolgt und verprochen. In Zukunft danach handeln zu wollen. Und die von der Jugend vorgebrachten Kritikpunkte usw. zeigen, daß jedes einzelne sein Maß zu messen versteht, was in der heutigen Zeit des Rechts- und Gemeinvertrages unerlässlich und von großem Vorteil ist. Besonders großes Interesse zeigte das im Bezirk neu eingeführte Beschäftigtenverfahren, bei welchem der Gen. Müller, Durlach, mit 22 Punkten als zweiter und der Gen. Bachmann, Durlach, mit 19 Punkten als dritter Sieger hervorgingen. Auch die Schüler-Konkurrenzerunde von Würzburg zeigte große Gemuttheit.

An der Überzeugung, den heutigen traurigen Zeitverhältnissen Rechnung getragen zu haben, wurde vom Reichs-Jugendleiter das Treffen für beendet erklärt und der Heimweg angetreten. 3. 8.

Ein Zeichen der Zeit ist der Total-Ansverkauf wegen Geschäftsaufgabe der Firma „Schönhans Vertrieb“, Kaiserstraße 124. Zu den billigsten Preisen erhalten die Damen, Herren- und Kinder-Schuh in großer Auswahl! Es empfiehlt sich, die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen.

**St. Jakobs-Balsam**  
„Echter“ zu Mk. 3.—  
von Apoth. C. Trautmann, Basel. Hausmittel ersten Ranges für alle wunden Stellen, Krampfadern, offene Beine, Brand, Hautleiden, Flechten, Wolf, Frostbeulen, Sonnenbrand. Nachahmungen zurückweisen. In den Apotheken zu haben.

**„Sittengeschichte des Weltkrieges“**  
2 Bde., gebunden  
billig zu verkaufen.  
In der Post, Waldstraße 28, Baden.

Wegen Vergrößerung unserer Gardinen-, Teppich- und Betten-Abteilung:  
**Ausverkauf Damen-Mäntel mit 20% Rabatt**  
Der Ausverkauf dauert nur kurze Zeit!  
Beginn: Freitag, 9. Oktober, nachm. 5 Uhr  
**„Boländer“** Kaiserstraße 121  
Telefon 238 7508



### Letzte Nachrichten

#### Verhärfung des Mandchju-Konflikts

Tokio, 8. Okt. Bei dem Bombardement der Stadt Njing-schan durch ein Geschwader japanischer Militärflugzeuge sind nach hier eintreffenden Meldungen zahlreiche Menschen getötet worden. Die Flugszeuge besetzten das Regierungsgebäude und die Kaiserpaläste von Bomben; die Kaiserpaläste wurden vollständig zerstört, ebenso eine Reihe anderer wichtiger Gebäude, und die Bevölkerung flüchtete, von Panik ergriffen, aus der Stadt.

#### Spanische Verfassung schränkt Eigentumsrecht ein

Das spanische Parlament hat den Verfassungsartikel über die Regelung der Eigentumsverhältnisse einstimmig in folgender Form angenommen: „Alle Reichtümer des Landes, einschließlich derer, die in Besitz sind, werden den Interessen der Volkswirtschaft untergeordnet und zur Bestreitung der öffentlichen Lasten gemäß der Verfassung und den Gesetzen verwendet. Eigentum jeder Art kann

zwangsweise enteignet werden aus Gründen des sozialen Nutzens gegen eine angemessene Entschädigung, sofern nicht das Parlament mit absoluter Mehrheit eine andere Entscheidung trifft. In entsprechender Weise kann Eigentum auch sozialisiert werden. Öffentliche Betriebe und Ausbeutungen von allgemeinem Interesse können nationalisiert werden, wenn soziale Notwendigkeiten es erfordern. Der Staat kann auf gesetzlichem Wege in die Ausbeutung und Zusammenfassung von Industrien und Unternehmen eingreifen, sofern die Rationalisierung der Produktion und die Interessen der Gesellschaft es notwendig machen. Die Strafe der Konfiskation des Eigentums wird in keinem Falle mehr angewendet werden.“

### Volkswirtschaft

Badische Baumwollspinnerei und Weberei, Reud. In der Generalversammlung wurde ein bisheriges Vorstandsmitglied in den Aufsichtsrat dieses Unternehmens gewählt. Es wurde ferner mitgeteilt, daß seit Anfang vorigen Jahres der Verlust der Gesellschaft die Hälfte des Aktienkapitals überschritten habe.

#### Beisitzung des Obea-Berandes

Der Bezirk Württemberg-Baden des Obea-Berandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften e. V. Berlin hielt im Friedrichspark zu Mannheim eine Tagung ab, an der neben den Vertretern der einzelnen

örtlichen Verbände auch Delegierte der Verbandleitung teilnahmen. Direktor Werner-Berlin referierte ausführlich über die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft und die Lage des Kleinhandels im besonderen. Als Ursache der Notlage der Gesamtwirtschaft bezeichnete er die ungenügenden Reparationsleistungen und die Auslandsverschuldung Deutschlands. Dazu kommen die Forderungen der kurzfristigen Kredite in Großbetrieben und Kommunen. Die Obea-Bank sei aus der Finanzkrise unterrichtet hervorgegangen. Die überfaktliche Besteuerung gerade der kleinen und mittleren Betriebe gestalte kaum noch ein erprießliches Arbeiten. Die überall in Deutschland geplante Naturabverjüngung der Erwerbslosen lehnte der Redner nicht unbedingt ab, es müsse aber abgefochten werden, daß der Einzelhandel hier eingeschaltet werde. Daß die Obea auf dem richtigen Wege sei, bewies der Mitgliederwuchs, wobei die Organisationsziffern heute 431 Genossenschaften mit 30 000 Mitgliedern umfasse.

#### Auskünfte der Redaktion

Nach Durack. Die Ankündigung für die Veranlassung am Mittwoch war schon vor einigen Tagen zu zweimaliger Aufnahme bei uns eingegangen und sofort in Satz gegeben worden. Die Abgabe der Veranlassung geschah durch das Parteisekretariat. Da die eine Plots die Ueberlieferung, „Sozialdemokratische Partei“ trug, die zweite aber „Sozialdemokratische Frauenaktion“, wurde übersehen, letztere Mitteilung wegzulassen. Die Genossinnen und Genossen werden wohl sofort haben feststellen können, daß nur die erste Meldung richtig sein kann.

**Pelze / Rollkragen**  
Felle aller Art 7491  
Größte Auswahl. Billigste Preise.  
Pelzänderungen  
tadellos unter billigster Berechnung  
**Geschwister Gutmann**

---

**Plakate**  
in ein- und mehrfarbiger Herstellung liefert schnell und preiswert die Verlagsdruckerei Volksfreund GmbH., Karlsruhe, Waldstraße 28

**Nächste Woche!**  
**Köln-Dom-Geld-Lotterie**  
Ziehung 14. u. 15. Okt.  
**150 000**  
**75 000**  
**50 000**  
**25 000**  
Preis 3 M., Porto u. Liste 48 Pfg.  
**Stürmer** Mannheim 9, 11  
Postsch. 170 45 Karlsruhe  
u. alle Verkaufsstellen

2 Zimmer und Küche  
ab 1. November 1931 zu  
mieten. gerüst. A. Ammel,  
Schützenstr. 76, III. St.

3-3-Zimmer  
ab 1. Nov. zu vermieten.  
Röhren, 2. Oberst.,  
Bahnhofstraße 25. 7345

Zwei Zimmer m. Küche,  
Garten und Speicher zu  
vermieten. Annelingen,  
Eisenbahnstr. 15. 7427

Möbl. Zimmer, elektr.  
Licht, Heiz., sofort zu  
vermieten. Schneider,  
Rebenstr. 7. 7497

Groß, leeres Zimmer  
elektr. Licht u. Heiz., zu  
vermieten. 3. Str. Karlsruherstr. 40 Stb. III. St.

**Einen neuen Hut**

könnte mancher schon lange gebrauchen, denn der „Alte“ will nicht mehr so recht seinem Besitzer imponieren. Diese modernen Hüte

Partie I. nur **2.90**  
Partie II. nur **2.45**  
Partie III. nur **1.95**

sind wieder eine ganz große Sonderleistung unserer gut sortierten Spezial-Abteilung für Herrenhüte

Außerdem:  
Ein großes Sortiment  
**Herren-Haar-Hüte**  
in neuen Farben und Formen **5.90**

Herrn-Sportmützen  
flotte Form **1.45** 95 Pfg.  
Herrn-Sportmützen  
Kragen und Muster - Stück **3.90**  
Mod. Umlege-Kragen  
pr. Mako, garantiert 4 Inch - Stück **45 Pfg.**

Herren-Cachenez  
Kunststoffe farbig, aparte Muster **1.45** 98 Pfg.  
Herrn-Klubmützen  
blau Tuch **1.75**  
Ein Posten mod. Selbstbinder  
Kunststoffe, eleg. Jacqu.-Streifen, prachtvoll. Farben **1.25**

**Moden-Schau**

in den 7 großen Schaufenstern unseres Hauses. Wer sich von den Neuschöpfungen der Herbst-Mode in Herren-Kleidung ein Bild machen will, der sollte sich unsere Ausstellung ansehen.

**Der Tailen-Mantel** **35.-**  
aus prächtigen Wollstoffen . . . 105.- 85.- 65.- 52.-

**Der moderne Uister** **29.-**  
glatt oder mit Gürtel . . . . . 115.- 88.- 68.- 42.-

**Der elegante Anzug** **29.-**  
1-u. 2-reih., vorzügl. in Qualität 108.- 88.- 68.- 52.-

**Der mollige Uister** **48.-**  
aus edlen Wollfäusch-Stoffen 125.- 95.- 75.- 60.-

**Stern & Co.**  
Das große Spezialhaus für Herren- u. Knabenkleidung  
Kaiserstr., am Marktplatz

Unsere Kunden erhalten außer 5% Kassa-Skonto, weitere 5% in Losen der großen Kunstlotterie.

**Zum Abendessen**  
empfehlen wir in guter frischer Qualität:

Delikates-Sülze **13**  
Schweinskopf **25**  
Heringsalat **23**  
Ochsenmausalat **40**

Neu:  
Mettwurst i. Cellophan **25**  
Blutwurst **16** und **20**  
Krakauer extra **26**  
Holl. Speck **28**  
Frankfurter **45**  
Thür. Landleberwurst **45**  
Salami **36**  
Cervelat, Fettarm **45**

Schweizer saftig **36**  
Münster vollfett **28**  
Tilsiter **25**  
Bayr. Gamembert **68**  
Müllersleg **50**

Salzgurken **10**  
Gewürzgurk. **16**

Süßer Apfelmost aus eigener Kelterei **20**

Bei Einkauf von je 3.- Mark erhalten Sie **„ein Freilos“** der Kunstlotterie des Karlsruher Einzelhandels **... und 5% Rabatt**

**Das Arbeitsrecht**  
Kartei vollständig bis heute, für 80% abgeb. Anschaffungspr. 300 M. Abreise zu erfragen in d. Volksfreundbüro abhlg.

Zu verkaufen: Vol. laubere Bettstelle mit gut. Matr. 10 M., 4 Stühle 15 M., pol. Schrank 25 M., schöner großer Blüschdivan 35 M., 2 flügel. Bettstuhl m. Hölz. 30 M., Kissen, Bettis 30 M., pol. Buffet 50 M., 14 Stühle, 12 Stühle.

**Metallobjekte**  
weiche, gut erhalten zu kaufen gesucht Euzstraße 20, 2. Stock

Gelegenheitskauf. Groß. Böden gut erhalten. Bad. Heide bill. abzu. In er. Engel in Grünwinkel.

Schöne Zustüttere von Nutria u. Nerz z. verk. Durch Edelplatzier sucht gut. Nebenver. April. Anfragen unt. Nr. 7488 an den Volksfreund.

**Wegen Geldnot!**  
ab 1. April 1841 in Anzugstoff, blau, Wollmangara, m. 6.80 und 9.80, Weller u. Salz grau, m. 10.80

**Erga, Gera 167.**  
Wer liefert? Integrität gegen neue Böden und Textilwaren aller Art. Wdr. u. K. 1412 i. Volksfr.

Zu verkauf. 2. Wintermantel, blbl m. Pelz, Gr. 44, 2. Wintermantel grau m. Pelz, Gr. 44, dr. Kleid, Gr. 44, u. neu, i. H. Hagar. 3. Str. u. H. 1410 im Volksfreund

Schöner Emailherd, spottbillig zu verkaufen Schützenstr. 59, Werner

Herren- u. Damenrad nur 26 M., zu verkaufen Schützenstr. 59, Hof.

Ca 1000 Stachelbeer- u. Johannisbeerstöcke zu verkaufen. Dagsfeld, Karlsruhe, Str. 9 © 1413

**KNOPF**

In jede Familie nur den Volksfreund

**Städt. Sparkasse Karlsruhe**

Laß' Dich das Sparen nur nicht verdrießen, Kannst halt am End' doch die Zinsen genießen

Ein großer Weinüber zu verkaufen. Zu erfr. u. H. 1380 im Volksfreund.

**Ämtliche Bekanntmachungen**

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Gebirg der Holzerei in Karlsruhe, Poststraße Nr. 10-18, sowie deren Inhaber Hermann Schiltgenstraße 50 und Otto Goldert, Kaufmann in Karlsruhe, Kriegsstraße 274, ist nach Beendigung des Vergleichs aufgehoben worden. Karlsruhe, den 7. Oktober 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. I. 1889

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der Firma B. Borgwardt & Co., (Inhaber Bruno Borgwardt) in Karlsruhe Am Sandgarten 7, ist nach Beendigung des Vergleichs aufgehoben worden. Karlsruhe, den 7. Oktober 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. I. (1890)

**Ohne Reklame**  
gleich viel in welcher Form **schläft das Geschäft**  
ist es wie ein verwittertes Fenster

**Ettlinger Anzeigen**

**Die Taubenflugsperr**  
wird für die Dauer der Spätholstzeit verfallt. Uebertretungen werden bestraft. Ettlingen, 7. Oktober 1931. 1887 Der Bürgermeister.

**Kug- u. Brennholz-Versteigerung**  
Die Stadtgemeinde Ettlingen verleiht am Montag, den 12. d. M. aus Mitt. 1 u. 5 und 8 Rehr. und Rehr 182 Vier Brennholz, 2 Los Schilgras und 2 Pfl. III.-VI. Klasse, zusammenamt mittags 9 Uhr bei der Meldebehörde. Ettlingen, den 8. Oktober 1931. 1886 Der Bürgermeister

**Arbeiter!**  
Berühmte! Bei Eueren Einkäufen stets die Inserenten dieser Zeitung!

**Kassatter Anzeigen**

Personenstands- und Betriebsaufnahme 1931.  
Am Samstag, den 10. Oktober 1931 findet eine Personenstands- und Betriebsaufnahme statt. Die Erhebungsbögen werden durch Polizeibeamte verteilt. Die Einwohnerkartei wird erücht, die Erhebungsbögen richtig und vollständig auszufüllen. Die Viten werden von der Polizei wieder abgeholt.  
Hausbesitzer und Haushaltungen, die bis 12. Oktober keine Erhebungsbögen erhalten haben, werden erücht, sich solche im Rathaus - Zimmer Nr. 18 - zu verschaffen. 1884  
Kassatt, den 8. Oktober 1931.  
Das Bürgermeisteramt.

**Fürjorgearzt für die Stadt Kassatt**  
Herr Medizinalrat Dr. Raiber, Bahnhofstr. Nr. 1. Sperrstunde jemeils von 10 bis 11 Uhr vormittags und von 3 bis 4 Uhr nachmittags. 1885  
Als **Gemeindehebamme** ist Frau Theresie Müllmeier, Sternstraße Nr. 8 bestellt. Städt. Fürjorgeamt.

**Warum so billig?**  
in der **Schuh-Etage**  
Karlsruhe, Kaiserstr. 183  
1 Treppe hoch

Überzeugen Sie sich durch Ihren Besuch auch ohne Kauf!  
Man muß es gesehen haben!

Damenschuhe von M. 4.80 bis 10.60  
Herrenschuhe von M. 5.50 bis 10.10  
Kinderschuh - Hausschuh



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

9. Oktober.

1807 Aufhebung der Leibeigenschaft in Preußen. — 1808 \*Riff. Weillina. — 1873 \*Italienische Dichterin Grazia Deledda (Nobelpreis für 1926). — 1874 Gründung des Weisepostvereins. — 1911 China zur Republik erklärt. — 1925 Demokrat Hugo Preuß, der Schöpfer der republikanischen Verfassung.

## Die Beschickung des Marktes

Geringe Nachfrage infolge Geldknappheit

Auf dem gestrigen Großmarkt gabs sehr viel Kartoffeln „gelbe Industrie“; das Interesse war aber nicht allzu groß. Recht gut war der Gemüsemarkt versorgt, in erster Linie mit Blumenkohl und Weißkohl. Auch die Anfuhr an Rotkraut, Wirsing, Spinat und gelben Rüben war recht umfangreich. Geringer waren die Vorräte an Rosenkohl, grünen Erbsen und Schwarzwurzel (nur holländische Rare). Trotz dieser reichlichen Beschickung des Gemüsemarktes war die Nachfrage nur mittelmäßig; dagegen war Kopfsalat lebhafter begehrt, die Anfuhr aber nicht allzu groß. Endviensalat war dagegen reichlicher angeboten, die Nachfrage war jedoch nur mittelmäßig.

Recht gut war der Obstmarkt versorgt. Vor allem gabs viel Tafeläpfel, Tafelbirnen und Trauben, namentlich ausländische. Groß war auch das Angebot an Koshäpfeln, Spalterbirnen, Roghbirnen, Quitten und Zwetschen. In kleineren Posten waren Nüsse, Tomaten, Pfirsiche und Preiselbeeren vertreten. Auch auf dem Obstmarkt blies die Nachfrage erhelllich hinter dem Angebot zurück. Lebhaft begehrt waren nur Zwetschen. Sonst war die Nachfrage nur mittelmäßig; gering war sie nach Nüssen, Trauben, Pfirsichen und Preiselbeeren.

Endlich gabs noch reichlich Bananen und in etwas geringem Umfang Orangen; aber für Südfrüchte fanden sich nur wenig Liebhaber. Auch diesmal war das Ausland mit Ausnahme von holländischen Schwarzwurzeln nur mit Obst und Südfrüchten vertreten, und zwar mit Trauben aus Tirol, Italien und Frankreich, mit Pfirsichen aus Italien, Preiselbeeren aus Schweden und Finnland, mit Bananen aus Westindien, Orangen aus Kalifornien und Zitronen aus Italien.

## Warnung für Gerüchlebreiter

Der Kaufmann Karl S. von hier erzählte eines Tages in einer Stuttgarter Gaststätte einem Tischgenossen, in Karlsruhe in der Kaiserstraße „ravole“ es; unter anderem stünde ein bekanntes Geschäft in der Kaiserstraße wadda. Dieses den Tatsachen widersprechende Gerücht gelangte zu Ohren des Inhabers des betreffenden Geschäftes, der darin eine Beleidigung und Kreditgefährdung erblickte und gegen den Verbreiter Klage erhob. Die Bemühungen, die Sache durch eine Ehrenerklärung aus der Welt zu schaffen, scheiterten, so daß es zur Verhandlung vor Gericht kam. Der Rechtsbeistand des Klägers führte u. a. aus, in der heutigen Zeit müsse man sich gegen die Verbreiter solcher unwahren und den Kredit schädigenden Gerüchte ernstlich wehren. Das Gericht verurteilte S. wegen Beleidigung im Sinne des § 186 des Reichsstrafgesetzbuchs zu 70 Mark Geldstrafe. Es zentriert sich also, wenn man in dieser Dingen den Mund hält.

## Hafenverkehr im September 1931

Der Wasserstand des Oberrheins ist im Monat September 1931 nach anfänglichen Schwankungen dauernd zurückgegangen. Am Pegel zu Maxau bezug er am Anfang des Monats 599 Zentimeter, am 9. des Monats 676 Zentimeter und am Ende des Monats 468 Zentimeter. Für die Großschiffahrt nach und von Karlsruhe war dieser Wasserstand noch günstig. Die Schifffahrt selbst wurde aber an einigen Tagen durch Nebel verzögert.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im September 93 Güterboote und Motorschiffe sowie 187 Schleppfähne angekommen und 96 Güterboote und Motorschiffe sowie 181 Schleppfähne abgegangen. Der Eigendienst war hiernach im September 1931 erheblich stärker als im September 1930, dagegen wesentlich schwächer als im August 1931. Unter den Güterbooten befanden sich wiederum Motorschiffe, die im Rhein-See-Verkehr in Karlsruhe mit Ladung eingetroffen sind. Der Frachtdienst war im September 1931 gegenüber dem August 1931 nur wenig, gegenüber dem September 1930 dagegen erheblich schwächer. Der Verkehrsrückgang betraf sich im September 1931 gegenüber August 1931 auf rund 8000 Tonnen und gegenüber September 1930 auf rund 28 000 Tonnen. In beiden Fällen ist er in der Hauptsache auf eine geringere Zufuhr von Brennstoffen zurückzuführen. Die Ursache dieser Erscheinung ist die verminderte Beschäftigung der deutschen Industrie.

Die Hafensundfahrten mit dem städtischen Motorboot konnten im September 1931 wegen der unangünstigen Witterung sowie der wirtschaftlichen Krise nicht ausgeführt werden.

## Eine neue Rechtsprechung

Scheint das Karlsruher Gemeindericht einzuführen. Bisher war es üblich, daß in den Häusern, in denen ein Wassermehrerbrauch entstand, dadurch daß ein Gewerbebetrieb den Mehreverbrauch verursachte, dieser Betrieb auch die Mehrkosten zu tragen hatte. Nach einem neuen Urteil des Gemeinderichts unter dem Vorsitz des Herrn Stadtratsrat Dr. Gut, sollen nun in diesen Fällen die Mieter des Hauses die Kosten tragen.

Der Fall liegt folgendermaßen: Im Hause Werderstraße 21, Eigentümerin Frau Höpner Wwe., wird seit Jahren eine Wirtschaft betrieben. Daß in einer Wirtschaft ein mehr wie regulärer Wasserverbrauch ist, ist unbestreitbar. Nun wird von den Mietern gefordert, daß sie den Mehreverbrauch der Wirtschaft bezahlen sollen. Da sich die Mieter weigern, wird das Gemeindericht angerufen. Vor Gericht wird geltend gemacht, daß die Wirtschaft außer den gewöhnlichen Gästen noch zwei Vereine hat und daß an Markttagen der Abort außerdem noch von den Händlern stark besucht wird. Wenn dagegen geltend gemacht wird, daß verschiedene Klosetts unbedient seien, so treffe die Schuld die Vermieterin, die schon mehreremals um Abhilfe des Mißstands ersucht worden sei, aber nichts dagegen getan habe. Die Aufforderung des Richters, dem Wirte eine Wasseruhr zu setzen, wird von dem Vertreter der Eigentümerin als zu teuer abgelehnt.

Nun wäre, wie schon in vielen Fällen bei Herrn Dr. Fiedel, die Klage abgewiesen worden, anders bei Herrn Dr. Gut, der die

Mieter zur Zahlung des Wassermehrerbrauchs verurteilte. Gegen dieses Urteil haben die Mieter Berufung eingelegt und wir werden seinerzeit über den Erfolg berichten.

Wir fordern die Mieter auf, trotz dieses Urteils in keinem ähnlichen Falle auf die Forderung des Eigentümers einzugehen, denn zweifellos werden diese das Urteil freudig begrüßen.

Mietervereinigung Karlsruhe.

## Das Arbeitersekretariat Karlsruhe

Ist vom 11. bis Ende Oktober nur in dringenden Angelegenheiten geöffnet. Bei Auskünften wollen sich die Ratjuchenden während dieser Zeit an ihre Organisationen wenden. Berufungen in Unfall- oder Invalidenrenten werden in dieser Zeit noch vom Sekretariat erledigt.

## Eine „geborstene Nazijäule“

Der „Auto-Def.-Anlauf“ des Nazi-Stadtoberordneten Pfiffich

In fetten und arden Lettern, so groß sie der Sekstalten beherrschten kann, bringt der Führer von Zeit zu Zeit Nachrichten über angebliche Veruntreuungen durch verfluchte Naziführer. Wenn die Führer-Moral in jedem Falle dieselbe wäre, wie er sie bei Naziführern annimmt, so könnte man gar nichts dagegen haben, vorausgesetzt, daß die Fälle auch auf Wahrheit beruhen. Sobald aber ein Nazi Unterhändler, die die Fälle oder derlei Dellekt besangen hat, dann schweigt der Führer. Das kommt wahrscheinlich daher, daß derlei Vergehen durch Naziangehörige so zahlreich sind, daß der Führer gar nicht so viel arden Taten beherbergt, um in ein und derselben Nummer über alle Fälle berichten zu können. Wenn also der Führer sich auf hohe moralische Höhen stellt, so möchten wir ihm empfehlen, auch über nachstehenden Fall seine Verehrerschaft zu informieren:

Bei der Stadtverwaltung Karlsruhe wurde vor zwei Jahren ein Mechanikermeister Pfiffich eingestellt, der jedoch ziemlich rasch zum Vorkarrieren aufstieg. Man wunderte sich in weiten Kreisen, daß es dem Mechanikermeister Pfiffich gelungen ist, diesen Posten zu erlangen. Wenn Pfiffich Sozialdemokrat gewesen wäre, hätte der Führer ganz gewiß geschrieben, daß Pfiffich nur deshalb eingestellt worden sei, weil er zur Sozialdemokratie gehöre. Nun war Pfiffich aber nicht Sozialdemokrat, sondern ein frommer Nazimann von echtem Schrot und Korn. Wir behaupten nicht, daß er deswegen zu seiner Stellung kam, obgleich wir wissen, daß gewisse nationalsozialistische Kreise sich um seine Einstellung sehr bemüht haben. Also Pfiffich war einer der vielen Tausenden, die auch gerne Arbeit bei der Stadt annehmen würden, aber es gelang ihnen nicht, was Pfiffich gelungen ist. Vor etlicher Zeit tauchten nun Gerüchte auf, daß Pfiffich Liebhaber von Automobilen ist. Und wer behauptet hatte, daß Pfiffich dieses von ihm so beneidete Automobil von der Stadt billig „gekauft“ habe, der wurde als Lügner und Verleumder hingestellt. Aber „die Sonne bringt es an den Tag“, heißt ein altes Sprichwort und es fanden sich Jene, die beweisen konnten, daß Pfiffich ein gewisses Quantum von Automobilen an der nächsten Quelle erstanden hat, nämlich dort wo er arbeitete. Wie nicht anders zu erwarten war, wurden seitens der Stadtverwaltung gegen Pfiffich die entsprechenden Schritte unternommen mit dem Ergebnis, daß Pfiffich wegen Diebstahls striktios entlassen worden ist.

Man munkelt auch noch von anderen Dingen, die „Seine Ehrlichkeit, Herr Pfiffich“ beanghen haben soll und man darf gespannt sein, was die Staatsanwaltschaft in dieser Beziehung herauszubringen in der Lage ist.

Herr Auto-Def.-Anlauf war aber nicht nur Vorkarrierer im Gesamten, sondern er ist auch noch Nazikarrieredirektor. Nach der Gemeinderatswahl ist jeder Stadtoberordnete verpflichtet, die Interessen der Stadt zu wahren. Pfiffich hat scheinbar diese Interessen so verstanden, daß er das Auto auf sich genommen hat, damit es nicht davonläuft. Wir sind gespannt, was die Nazispartei mit ihrem lauberen Stadtoberordneten Pfiffich machen wird. Ob der Führer in derselben Aufmachung, wie er dies tut, wenn es sich um Angehörige anderer Parteien dreht, den Fall Pfiffich seinen Lesern mitteilt, bleibt abzuwarten. Sollte er nicht genügend fette Lettern dazu haben, so sind wir gerne bereit, ihm auszuweichen. Borecht können zwar diese Zeilen genügen.

## Die Polizei berichtet:

### Verkehrsunfälle

Im Laufe des Donnerstags ereigneten sich hier zahlreiche Verkehrsunfälle leichter Art.

### Diebstähle

Aus dem Hof eines Hauses in der Sophienstraße wurde ein Motorrad IV B 12 831 im Wert von 300 M. gestohlen. Ein weiteres Motorrad wurde von den beiden Individuen, die es entwendet hatten, in der Südbühnenstraße preisgegeben, als sie bemerkten, daß sie von einem Polizeibeamten verfolgt wurden. Die Maschine konnte dem Besitzer wieder ausgehändigt werden. Die Suche nach den beiden Tätern, die sich ins Weirheimer Wäldchen geflüchtet hatten, war ergebnislos.

Am Donnerstag wurden zwei Fahrraddiebstähle angezeigt.

### Betrügereien

Am Donnerstag nachmittag nahm die Polizei einen ledigen 24 Jahre alten Säger aus Ettlingen fest, weil er sich in einer Wirtschaft in Rintheim als Kriminalbeamter ausgegeben und unter dieser Vorpiegelung versucht hatte, einen Betrag zu beschaffen. Ein zweiter Betrüger wurde in der Person eines 31 Jahre alten Kaufmanns festgenommen, der einen Mechaniker in Durlach-Aue durch Vorpiegelung falscher Tatsachen zur Herausgabe von Lebensversicherungschein im Aufwertungsamt von 365 M. bewegen und um diesen Betrag betrogen hatte. In beiden Fällen wurden die Täter ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Ein hiesiger Kommunist, der gestern nachmittag vor dem Führer-Verlag fortgesetzt arden Unfug verübte und dadurch eine große Menschenansammlung verursachte, mußte von der Polizei festgenommen werden. Auf dem Weg zur Wache und ins Bezirksgefängnis leistete er den Polizeibeamten Widerstand und lang kommunistische Lieber, wodurch sich wiederum viele Menschen ansammelten. Er wird dem Schnellrichter vorgeführt.

## Zum Beginn der „Karlsruher Herbsttage“ „Badische Woche“ — Notfandgebung — Verkehrs-Werbemotive Kunstlotterie und Buchausstellung

Die „Karlsruher Herbsttage“ beleben gegenwärtig trotz der schwierigen Zeitverhältnisse das Gesicht der badischen Landeshauptstadt von Tag zu Tag in gesteigertem Maße. Das ist besonders im Hinblick auf die nur noch wenige Tage bevorstehende „Badische Woche“ der Fall, die mit der Notfandgebung für die bedrängten Künstler und Geistesarbeiter im Grenzland Baden, am 11. Oktober (Sonntag), kulturelle Bedeutung für unsere gesamte südwestdeutsche Heimat erlangt. Neben den Einladungen, die an alle intellektuellen Kreise Badens ergehen und erwarten lassen, daß sich die Prominenten aus Kunst und Geisteswelt mit den Vertretern der badischen Öffentlichkeit in der Landeshauptstadt einfinden, sind alle Schichten der Bevölkerung von nah und fern herzlich aufgefordert, bei allen Anlässen teilzunehmen. Namentlich die Notfandgebung, zu der der Eintritt frei ist, darf gemäß dem Zweck, den sie erreichen will, auf einen Massenbesuch gefaßt sein. Zu den bereits bekannten Persönlichkeiten, die der Kundgebung Ausdruck verleihen, tritt noch der Komponist Julius Weismann-Freiburg hinzu, der die Wiederhergabe eines eigenen Wertes leitet. Im übrigen wird das Landesbestanderrichter unter seinem Dirigenten, Generalmusikdirektor Krins, mit. Von wesentlicher Tragweite für die Theaternotfandgebung wird auch die Ansprache des Intendanten Dr. Hans Raag Karlsruhe sein. Die weiteren Veranstaltungen der „Badischen Woche“ werden noch eingehend zu erörtern sein.

Während der Karlsruher Verkehrs-Werbemotive findet neben der Kunstlotterie des Karlsruher Einzelhandels, die bereits ab 5. Oktober zugleich mit der Schaufensterherbstausstellung und -beleuchtung in Erscheinung tritt, ferner eine Buchausstellung badischer Literatur und Kompositionswerte statt, an der sich alle Sortimenter und Musikalienhandlungen beteiligen. Programm- und Druckschriften über sämtliche Veranstaltungen (Gesamtsprogramm) sind vom Verkehrsverein Karlsruhe zu beziehen.

## Freiwillige der Karlsruher Notgemeinschaft

Von der Karlsruher Notgemeinschaft wird uns geschrieben: Die Firma Hermann Lieb, die seit 1. April d. J. laufend 25 Kinocent täglich spielt, hat in dankenswerter Weise sich bereit erklärt, nunmehr auch für Erziehung ab 15. Oktober d. J. der Karlsruher Notgemeinschaft täglich 25 Mittagsfreiliche zur Verfügung zu stellen. An Kinder wurden in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1931 insgesamt 3750 Mittagsessen abgegeben. Die Kinderbetreuung bei Lieb wird auch weiterhin fortgesetzt. Auch in der Bundesrepublik findet die Woche von Mittagsessen an Bedürftige ein nachahmenswertes Beispiel, wie aus den verschiedenen der Karlsruher Notgemeinschaft in den letzten Tagen gemeldeten Freilichen hervorgeht.

## Fleischpreise in Karlsruhe und Stuttgart

In der vorerzählten Nummer wurde eine Preisveröffentlichung, wonach die Metzgerpreise der Fleischpreise reduziert hat. In einem Aufsatz an uns wird darauf hingewiesen, daß die Reduzierung wohl anerkennenswert sei, aber die Fleischpreise in Karlsruhe gegenüber denen in Stuttgart um ein Bedeutendes höher ständen. Eine Gegenüberstellung der Fleischpreise in den beiden Städten ergibt denn auch, daß das Fleisch in Karlsruhe teurer ist, wie in der schwäbischen Landeshauptstadt. Ohne irgendetwas in Verbindung zu kommen, daß wir uns als Anwalt der Fleischherstellung aufspielen wollen, sei darauf hingewiesen, daß in Württemberg die Einkaufspreise für Vieh billiger sind, wie in Karlsruhe und daß in Württemberg kein Fleischpreis erhoben wird, wie in Baden.

Aber dennoch wollen wir eine Gegenüberstellung der Stuttgarter und Karlsruher Fleischpreise hiermit veröffentlichen. Die Ziffern in Klammern sind die Fleischpreise in Stuttgart. Es kosten in Karlsruhe: Rindfleisch I — 90 M. (in Stuttgart — 85 M.), Rindfleisch II — 70 M. (— 75 M.), Rindfleisch ohne Bein: 1.30 M. (1.20 bis 1.30 M.), Spitzschaf 1.70 M. (1.50 bis 1.70 M.), Kalbfleisch I — 1.00 M. (— 85 M.), Brat- und Ragout — 90 M. (— 80 M.), Kalbfleisch ohne Bein 1.60 M. (1.30 bis 1.50 M.), Kalbstoilette I — 1.00 M. (— 85 bis 1.00 M.), Kalbstoilette 2 — 80 M. (1.70 M.), Kalbsfleisch 2 — 80 M. (1.70 M.), Kalbsfleisch — 62 M. (— 55 bis — 85 M.), Schweinefleisch mager 1.04 M. (— 95 M.), Schweinefleisch Bauchlappen — 90 M. (— 90 M.), Speck u. Bauchspeck — 90 M. (— 90 M.), Schweinefleisch ohne Bein 1.50 M. (1.40 M.), Schweinefleisch 1.20 M. (1.10 bis 1.20 M.), Schweinefleisch 1.60 M. (1.60 M.), Speckfleisch-Rippchen 1.30 M. (1.20 bis 1.30 M.), Rauchfleisch Bauchlappen 1.40 M. (1.30 bis 1.40 M.), Hammelfleisch 1.10 bis 1.20 M. (— 90 bis 1.00 M.).

Ein Vergleich der Fleischpreise in den beiden Hauptstädten ergibt, daß die Schwaben besser daran sind wie wir und daß Stuttgart eben nicht das teure Pfaffenort ist wie Karlsruhe. Mit anderen Worten, die zum Leben notwendig sind, steht es kein Haar besser und man darf ohne weiteres sagen, daß die Stuttgarter Lebensverhältnisse um ein Bedeutendes billiger sind, wie die Karlsruher.

(1) Generalsammlungen im RA- und AB. „Solidarität“. Laut Bundesrat sind alle Ortsgruppen obigen Bundes vereinfacht, im Laufe des Monats Oktober die jährlichen Generalsammlungen abzuhalten. Die Abt. Grün in Karlsruhe, Ortsgruppe Karlsruhe, möchte am Samstag, 3. d. M., den Anfang, und es darf ruhig gesagt werden, der Verlauf war äußerst günstig. Die vereinfachte Tagesordnung und das vereinfachte Protokoll fanden allgemeine Zustimmung. Die gegebenen Berichte vom Vorstand, Kassierer und Schriftleiter zeigten, daß die ganze Abteilung, Vorstand wie Mitarbeiter, auf dem besten Wege sind, ihre frühere Position wieder zu erlangen. Einkünfte wurden die gesamte Vermittlung inklusive Kassier entlastet und der Dank ausgesprochen. Mit einer kleinen Anhebung innerhalb der einzelnen Posten wurde die gesamte Vorstandschaft wieder für ein weiteres Jahr vereinfacht. Neu hinzu gewährt wurde ein Jugendleiter. Zum Punkt Anträge wurden einige Wünsche der Abteilung zur Weiterleitung an Ortsgruppen und Bezirk bekanntgegeben. In der Aufsicht wurde festgestellt, daß die Abteilung von einer achtjährigen Gründungsleiterin aus Gründen der allgemeinen Not der Vereinfachung Abstand nimmt. Spricht jedoch der Wunsch aus, von Seiten der Bezirksleitung gelegentlich mit einer Tagung im Stadtteil beehrt zu werden. Verschiedene interne Abteilungsangelegenheiten werden teils durch Aussprache erledigt, teils der neugewählten Vorstandschaft übergeben. Nachdem der Vorsitzende allen Anwesenden, sowie der Ortsgruppenleiter den Dank ausgesprochen, wurde die rubig und frohlich verlaufene Tagung mit einem „Früh auf“ geschlossen. 3. 5.

(2) Rothaus-Brau. Wie aus dem Interententel ersichtlich, eröffnet am Samstag um 16 Uhr Alfred Filigge, ein gebürtiger Karlsruher, der ein Menschenalter im Württemberg in Rippoldsbau seine Laufbahn beginnend, im In- und Ausland von der Pflanz auf tätig war, das altbekannte Rothaus-Brau. Dem Herrn Filigge steht eine tüchtige, erfahrene Frau zur Seite und geht ein gutes Renommee voraus, das berechtigte Ansehen geben dürfte, das neues Leben und Blüten in dem beliebten Spezialausgang der Badischen Staatsbrauerei Rothaus WG. einziehen dürfte.

## Wasserstand des Rheins

Basel 59, gef. 1; Waldshut 255; Schutterinsel 144, gef. 1; Rehl 201; Maxau 423, gef. 4; Mannheim 313, gef. 2; Caub 214, gef. 4 Zentimeter.



